

# wut

was uns betrifft

Thema:

## Multikulturelle Gesellschaft

Im Blickpunkt:

## KDV in Griechenland und in der Türkei



# INTERN



Lieber Leser,  
Stuttgart, 05.05.92  
liebe Leserin,

bald ist es soweit, die Feriensaison '92 steht vor der Tür. Für alle, die ihren diesjährigen Urlaub noch vor sich haben, hätte wub in dieser Ausgabe ein paar nützliche Infos:

Da wären zum einen wirklich handfeste Tips und Tricks für diejenigen, die sich im Urlaub mal ausschließlich mit Fahrrad und Bahn fortbewegen wollen. Das schont die Umwelt – und den eigenen Geldbeutel obendrein. Aber solche kombinierten Bahn-Rad-Reisen wollen sorgsam geplant sein, vor allem bei Fahrten ins Ausland. Sachdienliche Hinweise dazu in wub-„Unterwegs“, ab Seite 22.

Um Informationen und „Urlaubsvorbereitungen“ ganz anderer Art geht es auf den „Blickpunkt“-Seiten in diesem Heft. „Wer in ferne Länder reist, hat die Pflicht, sich für die politische Situation im Gastland zu interessieren“, sagte Brigitte Erler, ehemalige Generalsekretärin der amnesty-international-Sektion Deutschland, bei einer Diskussion zum Thema „Tourismus und Menschenrechte“ im Rahmen der Internationalen Tourismusbörse in Berlin. Griechenland und die Türkei, das ist bekannt, sind vor allem bei jungen Leuten beliebte Reiseziele. Mehr als 1,5 Mio. Deutsche waren im vergangenen Jahr in Griechenland, knapp 800 000 in der Türkei. Für den Sommer '92 rechnen die Reiseveranstalter mit deutlichen Steigerungen. Wie viele der diesjährigen Türkei- und GriechenlandurlauberInnen Zivilisten, KDV'er oder AntimilitaristInnen sein werden, das wissen wir nicht. 10, 15 oder 20 %? Was wir dagegen wissen, ist die Tatsache, daß allein in griechischen Gefängnissen etwa 400 KDV'er einsitzen. Sie verbüßen Haftstrafen bis zu 5 1/2 Jahren, und zwar ausschließlich deshalb, weil ihnen ihr Gewissen verbietet, in der Armee zu dienen. In der Türkei wird schon die öffentlich geäußerte Kritik an der Wehrpflicht als „Propaganda gegen die Armee“ strafrechtlich verfolgt; die Zahl der eingekerkerten KDV'er ist – wie die Gesamtzahl der politischen Gefangenen überhaupt – nicht bekannt. Einen zivilen Ersatzdienst gibt es in beiden Ländern nicht.

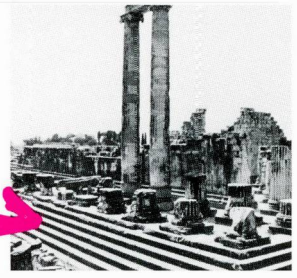
Was aber mache ich nun als KDV'er oder Friedensfreundin mit diesem Wissen – und meinen Sehnsüchten nach der Ägäis? Diese Urlaubsländer boykottieren, einfach woanders hinfahren? Schön und gut, aber: Was nutzt ein Streik, wenn's keiner merkt? Vielleicht hilft es den inhaftierten KDV'ern und ihren Unterstützergruppen mehr, wenn wir als „Gleichgesinnte“ deutsche Urlauber – jetzt erst recht! – diese Länder offen und offensiv bereisen, d. h., nicht nur Entspannung, Sonne, Strand und Meer, sondern auch hie und da ernsthafte Gespräche suchen und unsere Meinungen, Überzeugungen und Informationen weitergeben. An Gelegenheiten zu Diskussionen wird es gerade bei den gastfreundlichen Griechen und Türken nicht fehlen. Die Infos fürs Reisegepäck finden sich auf den Seiten 4–6 und 26/27.

Allen einen schönen Urlaub wünscht  
Ihr/Euer

*Werner Schulz*

# INHALT

SEITE 3	3
IM BLICKPUNKT	4
Kriegsdienstverweigerer zwischen Akropolis und Anatolien – Bestraft wie Schwerverbrecher	
PREISRÄTSEL	7
LESERBERICHT	8
So „schön“ kann MSHD sein	
KONTROVERS	10
Was tun gegen die Ökokatastrophe? Hilft nur noch ein Volksaufstand?	
RECHT	12
Wie man Soldstufe 1, 2 oder gar 3 erklimmt.	
wub-THEMA: MULTIKULTURELLE GESELLSCHAFT	13
Miteinander wohnen	14
Miteinander arbeiten	16
Miteinander zivildienen	17
Miteinander glauben	18
Miteinander aktiv gegen Rechts z. B. der Computer-Club „Chip-Generation“	19
Fakten, Infos, Tips	20
SATIRE	21
Endgültiges Aus für „Lager 90“?	
UNTERWEGS	22
Radeln mit der Bahn	
PORTRAIT	24
Johan Amos Comenius – genannt Comenius	
KULTURTIPS	25
INFO	26
EINSICHTEN	28
BRIEFE	29
RÜSTZEITEN	30
GEDANKEN	31
wub-ART	32



Titelfoto: Angelika Emmerling

wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abbo.

# IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDV'er und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1 / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Günter Knebel, Bremen; Holger Gifhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Borbarossaplatz 4, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 24 46 96. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 10 11 55 60 15 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDV'ern und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10.–. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 27. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse. / Satz und Druck: Windhueter, Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf, Tel. (07 11) 6 10 76 / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 40 000 / ISSN 0936-6520

## Fundstücken

### Jugendherbergs-Chauvi-Phantasien

„Auch eine auf den ersten Blick alltägliche Tätigkeit während des Dienstes kann für einen Zivi (in der Jugendherberge, wub) zum Problem werden.“

Eine kaputte Dusche, unter der ein Mädchen gerade duschen möchte (eine Klassenkameradin kommt zur Anmeldung und meldet den Schaden) kann für den Zivi zur Falle werden. Entweder kann er sich nicht zurückhalten und macht das Mädchen an, oder das Mädchen hat schon vorher ein Auge auf den Zivi geworfen, da dieser aber kein Interesse zeigt, wird er hereingelegt.

Wer würde einem spärlich bekleideten, schreienden Mädchen nicht glauben, daß es vom Zivi 'unsittlich' berührt worden ist, vor allem wenn der Zivi auch noch panisch reagiert und mit dem Mädchen alleine im Raum war. Der Zivi kann viel erzählen und beschwören. Man wird es ihm kaum glauben, da eine Frau in solchen Fällen besser verstanden wird, als ein Mann (diese Handhabung ist nicht falsch, kann aber für einen Mann zu einem ziemlichen Problem werden). Die Konsequenzen

sind für den betroffenen Zivi schlimm und können ihn bis in sein Grab weiter verfolgen.“

Aus: „Der Jugendherberszivi“, Zeitung von ZDL für Kollegen in den Jugendherbergen, Ausgabe März/April '92



### Gewaltmonopol

„Die Menge an Gewalt in der Gesellschaft scheint konstant zu sein. Je mehr die Obrigkeit davon abgibt, desto mehr nimmt der lüsterne Untertan. Das einstige Gewaltmonopol des Staates wird parzelliert. Wenn die Lehrer nicht prügeln, tun es die Schüler.“

Aus: „Notizbuch Johannes Gross“, FAZ-Magazin v. 24.4.92

## Nachlese

### wub berichtete ...

... in Nr. 4/91 („Kontrovers“) über Kirchengemeinden, die abgelehnten Asylbewerbern zum Schutz vor Ausweisung „Kirchenasyl“ gewähren. Im April wurde nun gegen einen Pfarrer einer Göttinger Kirchengemeinde von der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dem Pfarrer wird vorgeworfen, die Abschiebung einer fünfköpfigen Roma-Familie nach Rumänien verhindert und damit gegen das Ausländergesetz verstoßen zu haben.

Der Pfarrer handelte entsprechend einem Beschluß des Kirchenvorstandes, nach dem das Kirchenasyl so lange gewährt werden soll, bis über den Asylantrag der Familie rechtskräftig entschieden ist.

... in Nr. 1/92 (Thema „Brennpunkt GUS“) über die ZDL-Spendenaktion „Zivis für Moskau“. Das vorläufige Ergebnis kann sich sehen lassen: Weit über 12000 DM und einige Kubikmeter Sachspenden kamen zusammen. Den größten Teil des Geldes erbrachte des Benefiz-Spektakel „Volle Lotte für Moskau“ mit den

Rock- und Bluesbands „Rodgau Monotones“, „Blueskraft“ und „Huch“. Die erste Ladung der dringend benötigten Medikamente konnte inzwischen gekauft und bereits im April durch das Technische Hilfswerk Tübingen an das Moskauer Krankenhaus Nr. 15 geliefert werden.

„Volle Lotte für Moskau“: Rund tausend Besucher kamen zum Benefizkonzert. Foto: Philip Sauer



## Nachlese

... in Nr. 1/91 („Thema“) über den weltweiten Tourismus. Wie der Sternberger Studienkreis für Tourismus im März mitteilte, bleiben die Deutschen auch 1991 „Reiseweltmeister“, trotz der Buchungsrückgänge während des Golfkrieges. Durchschnittlich unternahmen die Deutschen 1991 1,23 Reisen pro Person, insgesamt 51,7 Mio. Urlaubsfahrten, 2,9 Mio. weniger als 1990. Weltweit verreisten im vergangenen Jahr 450 Mio. Menschen.

... ebenfalls in Nr. 1/91 über Bernhard Redecker, der als KDVer und Aktion-Sühnezeichen-Frewilliger im Moskauer Krankenhaus Nr. 15 arbeitete. Inzwischen hat der zweite KDVer aus Westfalen, Martin Schily (20), seinen Dienst nach \$14 b ZDG („Andere Dienste im Ausland“) angetreten. Er betreut in Moskau alte Menschen im Auftrag einer Diakoniegesellschaft der russisch-orthodoxen Kirche.

## Zahlen

### Straßenschlacht 1991

11 248 Tote, mehr als eine halbe Million Verwundete, das ist die traurige Bilanz der „Schlacht“ auf Deutschlands Straßen im vergangenen Jahr. Der Bundesverkehrsminister will allerdings trotz alledem kein Tempolimit.

### „Operation Ozonschild“

Der größte Teil aller in den USA produzierten ozonschädigenden Stoffe wird von den Streitkräften oder in deren Auftrag verbraucht. Zu diesem Ergebnis kommt eine von US-Umweltschutzorganisationen Anfang des Jahres in Kalifornien veröffentlichte Studie. Das Militär, so heißt es, sei verantwortlich für zwei Drittel der gesamten amerikanischen Produktion an Substanzen, die den Ozonschutzmantel der Erde durchlöchern. Die Studie trägt den Titel: „Operation Ozonschild: Der Krieg des Pentagon gegen die Atmosphäre“. Für 1989 haben die Umweltschützer einen Verbrauch von 4,5 Mio. Kilogramm FCKW durch die Streitkräfte errechnet, plus 3,3 Mio. Kilo FCKW-Emissionen aus Rüstungsfabriken.

Was? Hier auch schon Tempo 100??!



### Mordrekord in den USA

Die Anzahl der Tötungsdelikte in den USA hat 1991 einen neuen Rekord erreicht. nach einer Schätzung des Rechtsausschusses des Senats in Washington wurden im vergangenen Jahr 24020 Menschen ermordet, 580 mehr als 1990. Damit liegt die Mordrate in den USA rund zehnmal höher als in Deutschland oder England. Beamte der Washingtoner Polizei haben ausgerechnet, daß, statistisch gesehen, jeder 144. US-Bürger damit rechnen muß, ermordet zu werden.

Für den Kauf einer Waffe reicht in vielen US-Bundesstaaten das Alter von 18 Jahren und die Vorlage des Führerscheins. 200 Mio. Waffen sind in den USA legal in privaten Händen.

Wie sich in den USA gezeigt hat, wirkt die Todesstrafe auf Gewaltverbrecher keineswegs abschreckend, denn die Mordrate in den 20 Bundesstaaten, die die Todesstrafe vollstrecken, ist nicht niedriger als in den übrigen Staaten. Seit 1976 wurden in den USA 169 Todesurteile vollstreckt, 2594 zum Tode Verurteilte befinden sich z. Z. in den Todeszellen.

Kriegsdienstverweigerer  
zwischen  
Akropolis und  
Anatolien:

## Bestraft wie Schwerverbrecher

Griechische Inseln, türkische Ägäis – zigtausende Urlauber werden dort auch dieses Jahr wieder ihre „schönsten Wochen des Jahres“ verbringen. Nicht selten sind es nur wenige Kilometer von den Badestränden zu den Gefängnisanlagen, in denen hunderte Kriegsdienstverweigerer ihre oft jahrelangen Haftstrafen verbüßen.

Von Gerd Greune

Foto: ATT

„Fahnenflucht in Zeiten der Mobilmachung“ lautet die Anklage gegen Pavlos Nathanael, einem griechischen Kriegsdienstverweigerer, dessen Verfahren am 10. November 1991 vor dem obersten Militärgericht in Athen begann. In Istanbul wandte sich im Frühjahr 1990 Tayfun Gönül in einem Zeitungsartikel gegen seine Einberufung und handelte sich prompt eine Anklage wegen „Propaganda gegen die türkische Armee“ ein (s. wub 2/90). Seit der Zypernkrise im Sommer 1973 befindet sich Griechenland im Kriegszustand mit der Türkei. Und in beiden Ländern gilt: Gewissensfreiheit für Militärdienstverweigerer lehnen selbst eher liberale Politiker rundheraus ab. Die traditionelle gegenseitige Bedrohung schafft eine türkisch-griechische Gemeinschaft für die in Europa unnachgiebigste Unterdrückung jeder pazifistischen oder antimilitaristischen Opposition.

Dabei nimmt die griechische und türkische Regierung in Kauf, daß nahezu alle ihre im Ausland arbeitenden oder studierenden jungen Männer, und das sind bekanntlich mehrere Zehntausend, den Militärdienst umgehen. Die meisten dieser Verweigerer werden nicht verfolgt, weil man sie schlicht „vergißt“. Formell müssen türkische und griechische Staatsbürger, die im Ausland leben, einen verkürzten Militärdienst ableisten. Begründung: Die griechische Regierung will jene gut ausgebildeten Landsleute, die zurückkehren wollen, nicht durch ihre Militärdienstpflicht abschrecken.

### Am Bosphorus...

Nicht erst seit den Bildern der Militäreinsätze gegen die kurdische Zivilbevölkerung dieser Tage steht fest, daß die Türkei auch nach der Beendigung der Militärdiktatur faktisch immer

noch fest in der Hand ihrer Generale ist. Die Armee ist tabu. Kritik an ihr wird verfolgt. Ein Recht auf Militärdienstverweigerung besteht nicht. In den 80er Jahren gab es einen Bericht über den Einsatz von Wehrpflichtigen in Militärfängnissen. Dort wurde nach Angaben von amnesty international auch gefoltert. Die Opfer waren zumeist politisch Verfolgte – nicht nur Kurden.

Nach dem „Gesetz Nr. 111“ besteht für alle Männer eine allgemeine Militärdienstpflicht. In der Regel dauert der Dienst 18 Monate, Abiturienten dienen 16 Monate als Offizier oder 6 Monate als einfacher Soldat.

Seit April 1987 können Wehrpflichtige beantragen, in der Forstwirtschaft oder in öffentlichen Einrichtungen ihren Dienst abzuleisten, nachdem sie eine dreimonatige Grundausbildung abgeleistet haben. Es gibt auch die Möglichkeit, sich mit hohen Geldbeträgen vom Militärdienst freizukaufen bzw. ihn so auf eine Dauer von 2 Monaten zu reduzieren. Dieses Privileg können nur wenige wohlhabende türkische Familien in Anspruch nehmen. Wer sich weigert, den Musterungsbefehl zu befolgen, wird mit Gefängnis zwischen 6 Monaten und einem Jahr bestraft. Die Militärdienstverweigerung selbst „kostet“ mindestens ein Jahr Gefängnis und kann durch wiederholt verhängte Strafen für die gleiche Tat verlängert werden. Wieviele Türken deshalb bestraft wurden ist unbekannt.

### ... wie in Athen:

Der Grieche Nathanael gehört zu den 50 in Athen offiziell gemeldeten „Wehrdienstverweigerern aus nicht-religiösen Gründen“. Im Sommer 1991 wurde der Totalverweigerer Nikos Maziotis zu 10 Monaten Haft verurteilt. Größe-

res Aufsehen erregten 1988 die beiden Verweigerer Thannasis Makris und Michalis Maragakis, die mit einem mehrmonatigen Hungerstreik ihre Freilassung als Kriegsdienstverweigerer durchsetzten. Sie waren seinerzeit zu 18 Monaten Haft verurteilt worden.

Doch mit der Haftentlassung sind die Probleme für griechische Kriegsdienstverweigerer keineswegs beendet. Als Maragakis auf eine Einladung von amnesty international (ai) in die USA reisen wollte, bekam er keinen Paß. Makris durfte nicht bei Kommunalwahlen kandidieren. Der Kriegsdienstverweigerer Yannis Chrysoverghis, der Anfang 1990 lediglich einen An-



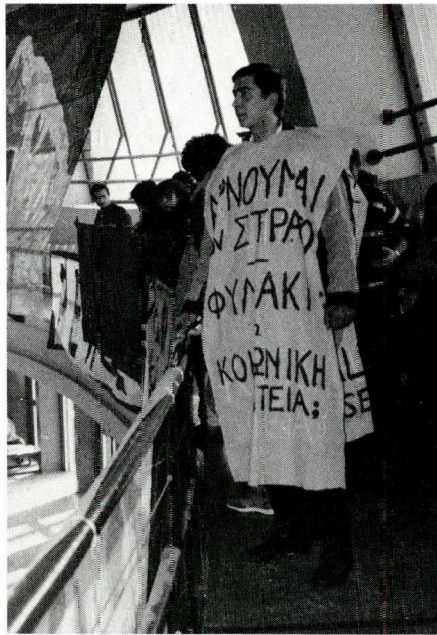
Ein Spruchband vor der Athener Universität fordert die Freilassung der KDVer.

trag als Verweigerer gestellt hat, darf seitdem Griechenland nicht verlassen. Chrysoverghis ist Mitglied des Vorstands des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung in Brüssel (EBCO) und Vertreter des Büros beim Jugendforum der EG. Er kann an Sitzungen in Brüssel nicht teilnehmen. Für griechische KDVer, die ins Exil gingen, gibt es die Anordnung an alle Botschaften und Konsulate, keine Pässe zu verlängern oder neue auszustellen. Dies verstößt gegen Beschlüsse des Europaparlaments, die sich ausdrücklich für das uneingeschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung in allen Mitgliedsländern der EG ausgesprochen haben. Griechenland ist inzwischen das einzige Land der Europäischen Gemeinschaft, das einen zivilen Ersatzdienst verweigert.

Gemäß der griechischen Verfassung, Artikel 4, Absatz 6, ist jeder Bürger verpflichtet, „seinen Beitrag zur Verteidigung des Landes zu leisten“. In Artikel 13, Absatz 4 wird bestimmt, daß niemand aus religiösen Gründen vom Ausüben seiner Pflichten gegenüber dem Staat freigestellt werden kann. Die griechische Botschaft in Bonn teilte dazu noch im Dezember 1991 mit: „Die etwaige Freistellung von Gruppen von Bürgern vom Militärdienst würde gegen die griechische Verfassung verstoßen und ebenfalls gegen das in der Verfassung verankerte Gleichheitsprinzip.“

## Drakonische Strafen für KDVer

Die große Mehrzahl der griechischen Kriegsdienstverweigerer sind Zeugen Jehovas. Die Internationale der Kriegsdienstgegner (WRI) berichtete im Jahre 1949 von Todesurteilen gegenüber Pazifisten, die in mehreren Fällen vollstreckt wurden. Etwa 40 griechische Kriegsdienstverweigerer erhielten Ende der 40er Jahre eine lebenslange Haftstrafe. In den darauffolgenden Jahren lagen die Verurteilungen zwischen 10 und 20 Jahren. Noch 1975 wurde der Verweigerer Georgiou Koufogiannis zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Im November und Dezember 1976 wurden zwei Urteile mit Gefängnisstrafen von über 10 Jahren bekannt. Selbst wenn „mildere“ Strafen ausgesprochen wurden, folgte nach der Entlassung aus dem Gefängnis in der Regel wieder die Einberufung. Eine erneute Weigerung führte zur abermaligen Verurteilung. Ende 1976 befanden sich fast 100



Michalis Maragakis, der erste nicht-religiöse KDVer in Griechenland, fordert auf einem Plakat die Anerkennung der KDVer. Er wurde 1987 verhaftet und erst nach 18 Monaten aus dem Gefängnis entlassen. Foto: G. Grünewald

junge Männer in griechischen Militärgefängnissen und wurden in Folge dieser Mehrfachbestrafung bereits über 8 Jahre gefangen gehalten.

## Seit 15 Jahren Streit um KDVer in Griechenland

Mit dem „Gesetz 731/77“ wurde am 28. September 1977 das erste „Kriegsdienstverweigerungsgesetz“ im griechischen Parlament behandelt und aufgenommen. Für religiöse KDVer wurde ein unbewaffneter Militärdienst eingeführt, der zweimal so lang ist wie der bewaffnete Dienst. Alle bis zum Oktober 1977 ausgesprochenen Strafen, die sich auf militärischen Ungehorsam aus religiösen Motiven beziehen, wurden aufgehoben, alle Strafurteile wurden als null und nichtig gestrichen und alle Gefangenen kamen frei. Wer aus religiösen Gründen diesen waffenlosen Dienst in den Streitkräften verweigert, wird seit 1977 „nur“ einmal bestraft. Die Gefängnisstrafe hat die gleiche Dauer wie der verweigerter „waffenloser Militärdienst“ – in der Regel 4 1/2 Jahre!

Im Jahre 1988 wurde dieses Gesetz novelliert und die Möglichkeit, einen waffenlosen Militärdienst zu beantragen, auch für nicht-religiöse Verweigerer eröffnet.

Heute sitzen in griechischen Militärgefängnissen ungefähr 400 Kriegsdienstverweigerer. Sie verbüßen Haftstrafen wie Schwerverbrecher, bis zu 5 1/2 Jahren.

Die Zustände in griechischen Militärgefängnissen sind verheerend. amnesty international hat über die menschenunwürdigen Zustände in dem Militärgefängnis von Avlona mehrfach berichtet. Über 200 gefangene Verweigerer hatten in einem Protestbrief über unzureichende und unhygienische Versorgung und über Behinderung beim Besuchs- und Postverkehr berichtet. Die Gefängniszellen waren überbelegt, teilweise befanden sich doppelt soviele Gefangene dort, wie zulässig. Eine Parlamentariergruppe aus Belgien durfte das Gefängnis in Avlona im Sommer 1991 nicht besuchen. Immerhin: Inter-

nationaler Druck hat dazu geführt, daß die meisten Verweigerer inzwischen unter besseren Bedingungen untergebracht wurden. In Thessaloniki befindet sich seit Januar 1992 eine Gruppe von 70 KDVer, die während ihrer Haft arbeiten dürfen und damit ihre Haftstrafe zugleich auf ein Drittel reduzieren.

Der internationale Druck und die kritischen Diskussionen im Europaparlament und im Europarat haben 1988 die seinerzeit amtierende Regierung Papandreou veranlaßt, einen Gesetzentwurf für einen alternativen Zivildienst anzukündigen. Dieser Gesetzentwurf hat bis heute die damit beauftragten Referentenrunden des Verteidigungsministeriums in Athen nicht verlassen. (s. wub 1/91 und 3/91) Nach allem was bekannt ist, sieht der Gesetzentwurf vor, daß der alternative Zivildienst zweimal länger sein soll als der normale Militärdienst. Der alternative Ersatzdienst soll danach sowohl bei Einheiten der Streitkräfte als auch im zivilen Bereich, wie in Krankenhäusern und in der Forst- und Landwirtschaft, abgeleistet werden können. Die griechische Botschaft schrieb am 25. November 1991 anlässlich einer von DFG-VK und ai in Bonn organisierten Protestveranstaltung:

„Da sich jedoch der griechische Gesetzgeber des Problems der Militärdienstverweigerung aus religiösen und ideologischen Gründen bewußt ist, ist er dabei, einen Gesetzesentwurf vorzubereiten, der den alternativen Zivildienst vorsieht. In seiner Absicht, den alternativen Dienst zu etablieren, entspricht Griechenland den Verpflichtungen, die aus dem Schlußdokument der KSZE-Konferenz in Kopenhagen (Juni 1990) zur menschlichen Dimensionen ausgehen. Wie bekannt, werden die Mitgliedsstaaten der KSZE verpflichtet, die Möglichkeiten der Einführung eines alternativen Militärdienstes zu prüfen (Abs. 18.4 des Schlußdokuments der KSZE-Konferenz zur menschlichen Dimension).“

Das Auswärtige Amt teilt in einer schriftlichen Antwort an den SPD-Abgeordneten Antretter mit, daß es von der griechischen Regierung die verbindliche Mitteilung bekommen habe, daß im Laufe der Legislaturperiode (bis 1994) ein solches Gesetz im Parlament behandelt werden würde. Die Bundesregierung verband mit dieser Mitteilung die Hoffnung, daß damit auch alle inhaftierten KDVer in Griechenland wieder freigelassen werden.

## Sonderfall „Zeugen Jehovas“

Die meisten griechischen KDVer sind Zeugen Jehovas. Ihr Problem: Sie werden nicht als Mitglieder einer bekannten Religion anerkannt. Für sie wird die Verweigerung des Militär- und zukünftigen Zivildienstes wohl auch weiterhin mit erheblichen Bestrafungen verbunden sein. Im Europäischen Recht gibt es zwar Glaubens- und Gewissensfreiheit aber keine Regeln darüber, welche Glaubensgemeinschaft als Religion anerkannt ist. Hier gibt es, auch aus humanitären Gründen, wie wir gesehen haben, dringend Nachholbedarf.

Erstaunlich ist die starre Haltung der griechischen Regierung schon. In den vergangenen drei Jahren sind Zivildienstgesetze in zahlreichen Ländern des ehemaligen Warschauer Vertrags eingeführt worden. In den baltischen Republiken wurde das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gesetzlich geregelt, in der Republik Rußland ist ein solches Gesetz in Vorbereitung. Griechische Kriegsdienstverweigerer haben im Unterschied zu den anderen EG-Ländern darun-



Foto: G. Grünewald

ter zu leiden, daß „ihre“ griechisch-orthodoxe Kirche für sie wenig Sympathie aufbringt und sich für den Schutz der Gewissens- und Religionsfreiheit in diesen Fällen nicht verwendet.

Um die gnadenlose Verfolgungspraxis der griechischen Militärbehörden gegen Kriegsdienstverweigerer zu beenden, ist nach Auffassung der SPD-Abgeordneten im Europaparlament, Barbara Schmidbauer, internationaler Druck vor allem aus den Reihen der EG erforderlich. Man darf gespannt sein.

\* Gerd Greune ist Mitglied im Vorstand des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung in Brüssel (EBCO) und arbeitet in Bonn als Redakteur der Zeitschrift „Frieden und Abrüstung“.

## Anmerkung der Redaktion

amnesty international betreut inhaftierte KDVer in allen Ländern. Wer sich für die Freilassung der griechischen und türkischen KDVer einsetzen möchte, kann sich an folgende Adresse wenden:

amnesty international, Heerstr. 178, 5300 Bonn 1

Auch Protestbriefe an die Botschaften können die Forderung nach einer KDVer-Gesetzgebung in den betreffenden Ländern unterstützen. Wer einen solchen Brief schreibt, möge bitte eine Kopie an die wub-Redaktion (Adr. s. S. 2) schicken, wir werden die Briefe an die europäischen KDVer-Organisationen weiterleiten.

### Griechenland

Botschaft der griechischen Republik  
Koblenzer Str. 103  
5300 Bonn 2

### Türkei

Botschaft der Republik Türkei  
Utestr. 47  
5300 Bonn 2



Auch bei der griechisch-orthodoxen Kirche finden die KDVer keine Unterstützung.  
Foto: W. Schulz

## Zypern erkennt Kriegsdienstverweigerung an

Während in Ankara und Athen gegen Pazifisten mit Säbeln gerasselt wird, hält ausgerechnet auf jener Insel, die seit 1975 Zankapfel zwischen beiden Ländern ist, geteilt und von türkischen Truppen besetzt, am 9. Januar 1992 eine gesetzliche Regelung für Kriegsdienstverweigerer Einzug. Sie ist weit entfernt davon, gerecht zu sein: Der Zivildienst dauert 20 Monate länger als der 22monatige Militärdienst und es gibt eine militärisch kontrollierte Gewissensprüfung. Aber – so der griechische KDVer Chrysoverghis aus Athen: „Die Tatsache, daß ein Staat wie Zypern, der die Spannungen militärischer Konfrontation kennt, die Kriegsdienstverweigerung anerkennt, ist bereits ein positives Zeichen. Griechenland ist noch nicht einmal so weit.“



Freikaufen – oder Gefängnis: In Istanbul gibt es nach wie vor kein Recht auf KDVer.

Foto: ATT

## Kommentar

### Doppelte Moral?

Wir hatten eingeladen zu einer öffentlichen Protestveranstaltung in Bonn über die bedrückende Situation griechischer Kriegsdienstverweigerer. Nachdem die griechische Botschaft abgesagt hatte, waren immerhin unter den zahlreichen Besuchern auch zwei Dutzend griechische Bürger gekommen. Letztere regten sich darüber auf, daß wir in Deutschland ihr Land wegen ein paar inhaftierten Kriegsdienstverweigerern madig machten: Was wir denn gegen die Griechen hätten? Ob wir nicht wüßten, wie sehr ihr Land bedroht sei durch die Türkei und den unsicheren Norden, jene Region, wo früher Jugoslawien war. Griechenland brauche die Armee und habe ohnehin viel zu wenig Menschen, um das Land zu verteidigen.

Die anwesenden Griechen waren hell empört über unsere Kritik an den Zuständen in den Militärgefängnissen, an der Behandlung der Pazifisten. Ihre Kinder wachsen in Deutschland auf und brauchten nicht zum Militär, erklärten sie. Es bedürfe also keiner neuen Gesetze. Wer frei sein wolle, der könne dies auch... Angesichts der 400 gefangenen Militärdienstverweigerer in Griechenland ist diese Einstellung schon ein starkes Stück. Schließlich die Frage, warum wir als Deutsche uns berufen fühlten, die Gesetze anderer Länder zu verurteilen. Das stimmt uns nachdenklich.

Wie schnell laufen wir Gefahr, wenn es um die Türkei oder Griechenland geht, den erhobenen Zeigefinger des „besseren Europäers“, oder schlimmer des „besseren Deutschen“ zu demonstrieren. Die Kritik am türkischen Militäreinsatz gegen die Kurden löste natürlich auch dumpfe und bekannte anti-türkische Stimmen aus. Und wie schnell sind wir bei dem Urteil, dort unten, jenseits des Balkans, seien die Menschen eben so.

Aber wenn wir die inhumane Politik des griechischen und türkischen Militärs angehen oder die Bundesarmee des ehemaligen Jugoslawien anprangern, dann setzen wir uns ja gerade für die Menschen in diesen Ländern ein: Für die Mütter etwa, die türkischen ebenso wie die griechischen, die ihre Söhne nicht im Krieg und nicht in Militärgefängnissen sehen wollen, weder als Gefangene noch als Wächter; oder für die serbischen Menschen, die mit ihrer Armee nichts im Sinn haben und auch Opfer des Bürgerkrieges sind. Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren in diesem Teil Europas zu helfen ist ein Gebot internationaler Solidarität. Es wird höchste Zeit, daß die EG und die KSZE dieses Thema nicht als Einmischung in die innere Sicherheitspolitik der betreffenden Länder wegschieben, sondern das Nein zum Militärdienst als legitimes Recht auf Gewissensfreiheit unter völkerrechtlichen Schutz stellen.

Gerd Greune

Angreifer	22 Wertvolles Metall	Regenschutz	Seuche d. Mittelalters	Welt ohne menschl. Eingriffe	sehr schlank, dünn	Abk. f. ehem. Teil Deutschlands		
europ. Staat ohne KDV-Recht			19	3		24		
gallertartige Masse		Wohnung d. Fuchses	Leichenbehälter			Maler d. Barocks		
jüd. Gelehrter			Trinität (Abk.)		3. Person sag niemals ...	Blasinstrument		
Blutplasma	engl. Adliger	7		Name d. Begründ. d. „Grauen“	23			
Spielkarte		9	schweiz. Kanton			Wahrnehmungsorgane		
	Eine Zierde d. Mannes							
Strom in Sibirien	1				Donauzufluß	12		
ägypt. Sonnengott					Hitlers Regime (Abk.)	Liebesbeweis		
Elend, Armut	Weltweite Bedrohung				jugosl. Hafenstadt	Fußballspielerposition		
<p><b>wub</b> was uns betrifft <b>Rätsel</b></p> <p><b>2/92</b></p> <p><b>Gesucht: Spruch gegen nationale Eufant und Langweile</b></p>								
Schriftstücke	Drehzahlmesser (Abk.)	einer d. Bremer Stadtmusikanten	chem. Zeichen Neon	Angeh. e. nord. Landes	Kfz-Kz. f. Spanien	Gegenteil v. Belohnung	Telefonseelsorge (Abk.)	17
	13			Ungezieler, auch: Weinbezeichnung				10
Insel in d. Wüste			nord. Hirschart	christl. Fest			Gehirnströmung (Abk.)	wenig
Forderung für Ausländer			Kuh	Compact disc (Abk.)				4
	20						Straußenvogel	
Alkoholischer Selbsthilfe (Abk.)		Angeh. e. asiat. Staates					germ. Wurfspiel	
	Leichtmetall (Abk.)		unterird. Gang im Bergwerk	Geschwindigkeit	Flächenmaß Männername		Schiff-fahrtskunde	it. Artikel
Tarifgruppen im ZD			14	18				Teil d. Baumes
Seil		16	Vorname d. span. Königs				Fisch	21
Laut	Tochter d. Tantalus	Tschech. Theologe + Pädagoge † 1592						2
		Horrortraum		8	umgangssprachl. f. Ehemann			15
schneemachende Märchenfrau		Abk. f. Luxemburg	6		Tierschau	Fluß in NW-Deutschl.	9. Buchstabe	Frauenname
Kehre b. Segeln				blutsaug. Parasiten				5
		engl. auf		Großmutter			Kfz-Kz. Villingen-Schwenningen	
Gefrorenes			Gewinnschein	11			erfolgr. Musikstück	

Die Lösung des wub-Preisrätsels 1/92 lautet:  
„Zivis für Moskau“

Die Gewinner der drei ersten Preise sind:  
Oliver Koch, Bad Salzuflen  
Arno Schönhofer, Landau/Pfalz  
Peter Wittenburg, Emden

Alle GewinnerInnen, auch die der wub-Freiabos (11.-20. Preis), werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen. Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir fürs Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen, Lösungssatz auf eine Postkarte schreiben und unter lesbare Absenderangabe an:

wub-Redaktion – Werner Schulz  
Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1  
schicken.

Einsendeschluß ist der 07.07.1992 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

- Preis: **Max Frisch: Gesammelte Werke in 7 Bänden**
- Preis: **City-Rucksack**
- Preis: **Indica**
- bis 10. Preis: **je eine Frisbee-Scheibe**
- bis 20. Preis: **je ein wub-Freiabo für ein Jahr.**

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24		

Beitr. wub: \_\_\_\_\_  
Anregung/Kritik/Lob: \_\_\_\_\_

## So „schön“ kann MSHD sein

Oder:  
„Ich hab' schon gedacht,  
Sie hätten mich  
vergessen“



Zeichnungen aus:  
Andreas Titzroth: „Helfen Sie denn gleich, mir'n Kaffee zu machen?“ Aus dem Tagebuch eines Zivildienstleistenden. Rasch und Röhling Verlag, Hamburg/Zürich, 1986 (vergriffen).

Bald ist mein Zivildienst (einschließlich infolge obskurer Rechtsauslegung des Bundesverfassungsgerichtes entstandener ZUVIELdienst) vorbei – ging ja doch recht schnell und war gar nicht schlimm.

Obwohl ich eigentlich gar keine Kranken pflegen wollte, habe ich im MSHD (Mobiler Sozialer Hilfsdienst) der Diakoniestation der evangelischen Kirchengemeinde Bad X überwiegend genau das gemacht und sogar Spaß gehabt – Spaß vor allem, wenn (was meistens der Fall war) etwas zurückkam; ein freundlicher Blick, ein Lächeln, ein Glas Fliederbeersaft oder die Einladung zu einem Glas Bier, morgens um acht, zeigten mir, daß meine Arbeitsweise bei den Patienten ankam.

Witzig war's auch...

Als ich zum Beispiel Frau F. erzählte, daß mein Mit-Zivi im Urlaub von Bad X nach München radeln wollte, sagte sie: „Da ist er aber'n paar Stunden unterwegs. Hat er denn kein Auto?“

Oder: Als ich Frau Sch. nach dem Frühstück das Pflaumenmus von der Nase wusch. Oder: Als Herr W. bei einer Rollstuhlfahrt mit den Enten schnatterte. Schön, daß auch die Alten und Kranken noch Humor haben, mit dem sie uns die Arbeit erleichtern und das tägliche Waschritual auflockern.

Aber es nervt auch manches... Wenn Frau D. in einer halben Stunde dreimal anruft und den Einkaufszettel ändert und dich für 7 Sachen in 4 Geschäfte scheut. Wenn Frau W. (39/MS) dich losschickt, um zwei halbe Hähnchen vom „Rollenden Gockel“ zu holen, während nebenan ihr Sohn in seinem Zimmer hockt. Wenn Frau Fe. sich täglich in neuen Varianten über die Qualität des Essens auf Rädern, den Nachtsch. überschwappte Soße, Dreck auf der Fußmatte oder ganz allgemein aufgeregt. Wenn Frau F. (81/bettlägerig) von ihrer Tochter täglich gewandelt wird, obwohl davon immer wieder ihr Dekubitus aufplatzt. Wenn Herr W.

täglich sagt: „Ich hab' schon gedacht, sie hätten mich vergessen“.

Aber Zivis finden nicht nur im Supermarkt Distelöl, Miracoli und Staubsaugerbeutel, sondern auch viel, viel Geduld. Meistens. Aber wenn Frau W. wieder über Ausländer, Asylanten und „Neger“ herzieht, dann mag ich keinen Kaffee mehr. Bis morgen, tschüß.

Eklig ist es dann doch, Herrn S. vom Klostuhl zu holen und ihn von seinen Fäkalien zu befreien. Aber er und seine Frau (86 bzw. 85) haben immer einen flotten Spruch parat – frivole Witze fallen ihm interessanterweise immer dann ein, wenn ich ihm den Schniedel wasche.

Eklig ist es auch, wenn Frau F. sagt: „Ich glaube, ich hab' Pech gehabt.“, weil die Windel voll ist. Aber seiner Lieblingsomi wäscht man halt auch den Kot aus der Scheide, während man dummes Zeug redet – manchmal sind wir furchtbar albern. Dieselbe Frau F. hat übrigens darum gebeten, wieder von uns Zivis versorgt zu werden, nachdem nach mehreren Monaten mal wieder eine examierte Schwester bei ihr eingeteilt war – Stolz!

Wenn Herr J. (65/MS) mal „austreten“ muß, muß der Zivi gehen – „auf den Schieber“ setzen und säubern will seine Frau ihn allein. Manche sind eben doch etwas schamhaft.

Frau R. lästert gern über die festangestellten KollegInnen und die Kirche allgemein, und Herr S. erzählt gern Pastorwitze – wo mir doch der Oberpastor beim Einstellungsgespräch gesagt hat, ICH dürfe KEINESFALLS dem Ansehen der Kirche schaden. Aber die Patienten sehen in uns keine Kirchenangestellten, sondern Mitmenschen, denen sie Dinge anvertrauen, die sie sonst für sich behalten. Tatsächlich sind die meisten Patienten keine großen Kirchenfans, auch deshalb nicht, weil sich die Kirche ihre Krankenpflege wie die anderen Organisationen bezahlen läßt und die Nächstenliebe anscheinend nur dann walten läßt, wenn der Nächste die Rechnung zahlen kann. (Eine Angehörige: „Wozu zahlen wir eigentlich Kirchensteuern?“)

Unser Chef übrigens (nicht der Pastor, sondern Stationsleiter und „Oberschwester“ Gustav) ist ein ganz Lieber, der sehr kollegial mit





## Rückfall in Sachen Einweisungsdienst

Nachlese zu unserer Meldung in der letzten Ausgabe und zum ausführlichen Bericht in wub 4/91

Eigentlich müßten im Bundesministerium für Frauen und Jugend derzeit viele dicke Blumensträuße auf den Schreibtischen der Abteilung Zivildienst stehen und die Dankbarkeit der Wohlfahrtsverbände für die im Dezember 91 getroffenen neuen Vereinbarungen zwischen Ministerium und Wohlfahrtspflege in bezug auf den Einweisungsdienst ausdrücken. Einen schönen Strauß dürfte auch die Diakonie aus Stuttgart geschickt haben, denn – und das ist besonders bitter – auch vom Wohlfahrtsverband der evangelischen Kirche war kein Aufschrei des Protestes zu vernehmen. Worum geht es?

Man hat in Bonn zusammengesessen und gemeinsam über den Einweisungsdienst nachgedacht, Erfahrungen ausgewertet. Rausgekommen ist dabei, daß man zwei wichtige Punkte verändert hat. Wurde es bei der Verabschiedung des EWDs, § 25b ZDG, insbesondere auf der Basis der Erfahrungsberichte aus dem Zivildienst noch als notwendig erachtet, daß eine Einweisung durch den Vorgänger-ZDL ausgeschlossen wurde, so sieht die neue Regelung gerade diese Möglichkeit wieder vor. Es heißt jetzt: „... Der Einweisungsdienstbeauftragte kann die Einweisung delegieren, auch auf einen geeigneten ZDL“. Doch: Wer entscheidet, welcher Zivi ein solcherart „geeigneter“ ist? Welche Kriterien für die Eignung sollen dort erfüllt sein?

Das Ganze ist ein Rückfall in die Zeit vor der Verabschiedung des EWDs. Es ist geradezu haarsträubend, wie schnell hier sachliche Bedenken und Erfahrungswerte der Zivildienstpraxis beiseite geschoben werden. Der eigentliche Anlaß dürfte sicherlich sein, daß

die Einweisung mit personellem Aufwand und Kosten verbunden war. Die preiswerten Arbeitskräfte haben zusätzliche Kosten und Mühen verursacht. Bedenken, daß hier der eine Laie den anderen Laien einweist, daß qualifizierte Einweisung auch etwas mit Fürsorgepflichten den Betroffenen gegenüber zu tun hat, scheinen absolut nebensächlich geworden zu sein. Der bisher schon niedrige Stellenwert, den alle Beteiligten (Staat, Verbände, Dienststellen) dem EWD zugestanden haben, wird noch weiter herabgesetzt.

Den Gipfel an Zynismus stellt aber die Regelung dar, die Erprobungsphase des EWDs um 2 weitere Jahre auszudehnen. Da soll nun einem Gesetz, von dem alle Mitwirkenden ursprünglich einstimmig überzeugt waren, das sie damals (89) sofort in das Zivildienstgesetz aufnahmen, eine Zeit von 4 Jahren zum Probieren zugestanden werden. Man stelle sich sowas einmal in der Steuergesetzgebung vor. Diejenigen, die von der gesetzlichen Pflicht betroffen sind, entscheiden darüber, ob sie zustimmen können oder nicht. Geradezu lächerlich ist der Hinweis, es seien entsprechende Erfahrungen im Osten (sprich: neue Bundesländer) abzuwarten. Sollen sie dort erstmal dieselbe Fehlentwicklung durchmachen, dieselben falschen Strukturen entwickeln und somit auf Westniveau hochgefahren werden, um dann festzustellen, daß man nicht mehr zurück kann?

Dies ist ein Skandal! Hier muß den Politikern und den Wohlfahrtsverbänden deutlich signalisiert werden, daß es so nicht geht. Anstatt die aufgezeigten Mängel, die Forderung nach strikter Durchsetzung des EWDs anzugehen, läuft man nun in die entgegengesetzte Richtung. Dann aber kann man den EWD auch gleich ganz streichen – das wäre dann immerhin ehrlicher. ■

Wolfgang Overkamp  
Referent im Amt für KDV und ZDL, Haus Wilgigst, Schwerte.



— Der ganze Scheiß hier, alles wird mir schlecht. Wissen Sie, wie alt die Eier hier sind? Also, jetzt im Wochen, nicht Jahreszahlen, so wie bei mir.

uns umgeht und gern aus der Zeit erzählt, in der er als Bundeswehrosoldat Wehrkraftzersetzung betrieben hat.

Interessanterweise haben einige Patienten echt moderne Ansichten. Während Herr S. (86) sagt: „ICH würde ja lieber Soldat werden, als so 'nem alten Opa den Hintern zu wischen.“, regt sich Herr G. darüber auf, daß in einem Staat, der sich als demokratisch bezeichnet, immer noch junge Männer zum Kriegsdienst gezwungen werden. Er selbst ist seit dem 2. Weltkrieg schwerbehindert und hatte gehofft, Deutschland hätte aus der Geschichte gelernt. Von wegen... die Wiederbewaffnung kam schnell.

„Sind sie Kriegsdienstverweigerer?“ fragt Herr S. bei meinem Antrittsbesuch. „Ja“, antworte ich und seine Tochter, die als Krankenschwester selbst mit Zivis zusammenarbeitet, korrigiert: „Aber Vadder, man sagt nicht mehr Kriegsdienstverweigerer, sondern Zivildienstleistender!“ Aha, so ist das also!

Daß der Zivildienst die obligatorische Folge der KDV ist, weiß nicht jeder. Die Offiziellen trennen: Ogott, so viele Verweigerer! Hilfe, wir brauchen mehr Zivis!

Herr S. weiß es. „Wenn alle so denken wie Sie, kommt morgen der Russe hierher!“ Meine Erklärung, daß „der Russe“ momentan ganz andere Sorgen hat, als in das Dorf Rümpel einzufallen, und es außerdem keine Soldaten mehr gäbe, mit denen er einfallen könnte, wenn alle so dächten wie ich, quittiert er mit einem freundlichen Lachen. Bin ich ihm auch als politisches Phänomen suspekt, so freuen er und seine Frau sich doch täglich, wenn ich komme, und außerdem hat er jetzt jemanden, dem er sien in 86 Jahren aufgeschnappten Witze erzählen kann. Seine Frau: „Hermann, du hast nur Schiet im Kopp“.

Interessant war die Begegnung mit Herr K., dem ich beim Baden helfen sollte. Er war etwas verwirrt, ließ sich von mir mehrmals den Rücken einseifen, bot mir das du an („Ich heiß' Karl-Heinz, hast 'n Freund gefunden!“) und wollte zum Abschied mit mir einen Cognac trinken.

Nun ist das alles fast vorbei, und irgendwie hat's auch was gebracht.

Ich hab mehr Geduld mit alten Menschen, mehr Verständnis und Lust, ihnen zuzuhören.

Ich habe nicht für den nächsten Krieg geübt, sondern Menschen gepflegt, die wissen, was Krieg bedeutet.

Ich habe keine Gewehrläufe geputzt, sondern Windeln gewechselt.

Ich habe keine Atombomben, sondern Essen auf Rädern ausgefahren.

Ich habe nicht gesehen, wie Pappfiguren tot umfallen, sondern Todkranke gepflegt.

Ich habe nicht durch die Lüneburger Heide gerobbt, sondern Old W. im Rollstuhl durch den Kurpark geschoben.

Ich habe nicht den Befehlen eines Feldwebels gehorcht, sondern bin von einer Hundertjährigen angelacht worden.

Ich habe nicht 12 Monate mein Vaterland gegen imaginäre Feinde verteidigt, sondern 15 Monate lang echten Menschen geholfen, den Alltag zu bewältigen.

Und ich glaube in all meinem Zivichauvinismus, daß es besser so war.

Wie sagte doch Frau F., als ich ihr vom Ausbruch des Golfkrieges berichtete: „Das ist nix wert!“  
ZDL Oliver Rausch, Ratzbek ■



— Soso, Sie sind also nächste Woche fertig mit Ihrem Zivi heißt das noch. Sechzehn Monate, Hm. Ich war sechs Jahre weg.

# Was tun gegen die Klimakatastrophe

Alle haben Angst um die Umwelt. Die Sorge Nummer eins gilt in der Bundesrepublik dem Klima (s. Schaubild). Schon die Kinder haben Angst vor dem „blöden Ozonloch“, fürchten sich davor, „daß es auf der ganzen Welt zu heiß wird“ und die Menschen schon in zwanzig Jahren „auf einen ganz anderen Planeten umziehen“ müssen. (1)

Alle wissen, daß enorm viel getan werden muß. Nicht nur jede/r einzelne muß umdenken und mithelfen, es sind endlich auch im Weltmaßstab wirksame und vor allem schnelle politische Entscheidungen nötig.

Viele Hoffnungen konzentrieren sich gegenwärtig auf das Treffen internationaler Staatshäupter bei der „UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung“ (UNCED), dem „Erdgipfel“, der im Juni in der brasilianischen Hauptstadt Rio stattfinden wird (s. a. S. 26/27). Werden es die Politiker schaffen, das Ruder noch einmal herumzureißen?

Oder bewahrheitet sich auch dort, was die meisten deutschen Jugendlichen über ihre Politiker schon heute denken, daß sie nämlich an den wirklichen Interessen der Menschen vorbeigehen? Mehr als 80 % der Jugendlichen in allen Bundesländern, so ergab die jüngste Studie des Jugendwerks der Deutschen Shell, sind der Meinung, daß „die Bevölkerung sehr von den Politikern betrogen wird“.

Also müssen die Menschen die Dinge selbst in die Hand nehmen? Mit massivem zivilen Ungehorsam den Volksvertretern „Dampf machen“? Einen „Volksaufstand gegen die Klimakatastrophe“ organisieren?

Eine spannende Frage und zwei spannende Antworten in „wub-Kontrovers“.

W. Sch.

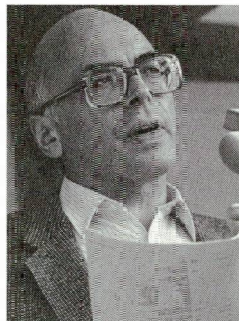
(1) Greife/Jerger-Bachmann: „Das blöde Ozonloch“, Kinder und Umweltängste. Beck'sche Reihe, München 1992.



Nehmen die PolitikerInnen die Ängste der Menschen nicht ernst genug?

Ja – ohne zivilen

## Ungehorsam gibt es keinen FCKW-Sofortausstieg



Von Dr. Alfred Mechttersheimer\*

400 Millionen Jahre hat es gedauert, bis in der Stratosphäre in einer Höhe zwischen etwa 15 und 25 Kilometern eine Ozonschicht gebildet wurde, die alles Leben auf der Erde vor intensiver ultravioletter Sonnenstrahlung schützt. In nur wenigen Jahrzehnten haben die Menschen diese Schutzhülle so zerstört, daß bereits heute in Regionen nahe der Antarktis die Sonne zu einer akuten Bedrohung für Mensch und Natur geworden ist.

Seit 18 Jahren ist bekannt, daß ein Produkt der Chemie-Industrie, die Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (FCKW), der der wichtigste Ozonkiller ist. Damals, 1974, wurden 75000 Tonnen FCKW produziert. Als sich die meisten Industrieländer endlich 1987 im Montrealer Protokoll auf eine Halbierung bis zum Jahr 1999 verständigten, war die Jahresproduktion bereits auf 800000 Tonnen angestiegen.

### „10 Jahre Inkubationszeit“

Mittlerweile räumt sogar die US-Regierung ein, daß man die Gefahr völlig unterschätzt habe. Das Worldwatch-Institut in Washington hat festgestellt, daß die Ozonschicht über der Nordhalbkugel doppelt so schnell schrumpft, als bisher angenommen wurde. Kaum jemand bezweifelt mehr, daß ein Sofortausstieg aus Produktion und

Anwendung von FCKW nötig ist, weil die „Inkubationszeit“ rund 10 Jahre beträgt; solange braucht das Kunstgas, bis es in der Stratosphäre das Ozon zerstört.

Das bedeutet, daß die heute meßbare verstärkte UV-Strahlung von der FCKW-Menge verursacht wird, die wir vor 10 Jahren freigesetzt

haben – und das war „nur“ rund ein Zehntel unseres heutigen Verbrauchs. Die Frage ist also nicht, ob es eine Katastrophe geben wird, sondern wie groß sie sein wird und ob die Zerstörung der Ozonschicht rückgängig gemacht werden kann, was von einigen Wissenschaftlern bezweifelt wird.

Die Vorstellung, daß es schon bald „Sonnensalarm“ geben wird, daß der Mensch, um Augen und Haut zu schützen, als nachtaktives Wesen bei künstlichem Sonnenlicht leben muß, daß auch Tiere und Pflanzen durch das zerstört werden, was sie zum Leben brauchen, ist eine nach Verdrängung schreiende Horrorvision. Wie froh waren da viele, als sie hörten, daß die Regierungen schneller als bisher vorgesehen aus der FCKW-Produktion aussteigen wollen.

### „Bisher wurde nur wenig verändert“

Aber jetzt stellte sich heraus, daß der von Bundesumweltminister Töpfer propagierte baldige FCKW-Ausstieg gar nicht vorbereitet ist. So gab es etwa im März 1992 ein böses Erwachen, als bekannt wurde, daß die Klimaanlage des neuen Münchner Flughafens mit sechs Tonnen FCKW der besonders aggressiven Art „R 11“ aufgefüllt

wurden. Von den Treibmitteln für Spraydosen abgesehen, wurde bisher überraschend wenig verändert. Obwohl es für viele Anwendungsgebiete, wie Kühlflüssigkeit, Fertigung von Dämmstoffen und Reinigung von Elektronikteilen, ungefährliche Ersatzstoffe gibt, werden sie kaum eingesetzt. Die chemische Industrie hat sich nur zögerlich um die Entwicklung von Substituten bemüht und setzt vor allem auf sogenannte teilhalogenisierte FCKW, die immer noch ein hohes Ozonschädigungspotential aufweisen.

Es gab zwischen der Bundesregierung und der chemischen Industrie, die übrigens zu den größten Parteispenderinnen in der Bundesrepublik zählt, deshalb keinen wirklichen Konflikt, weil das Tempo des Ausstiegs nicht von der drohenden Katastrophe, sondern von den Industrieinteressen bestimmt wird. Deshalb wird auch die anstehende gesetzliche Regelung den FCKW-Ausstieg eher vortäuschen als herbeiführen.

### „Die FCKW sind die Pershings der 90er Jahre“

Der Ausstieg aus dieser Selbstmordtechnologie, bei dem es auf jeden Tag ankommt, wird nicht gelingen, wenn diejenigen keinen zivilen Widerstand leisten, die nicht in der Sonne verbrennen wollen und die es nicht verantworten können, daß vor allem die Menschen im Süden für die Zivilisationssünden des reichen Nordens büßen müssen. Die FCKW sind die Pershings der 90er Jahre. Dieses Produkt der Chlor-Chemie ist ein Menetekel für die Folgen des verhängnisvollen Griffs der Menschheit zu evolutionsfremden Stoffen, mit denen Jahrtausende irdischer Entwicklung ausgelöscht werden können. ■

\* Dr. Alfred Mechttersheimer, Ex-MdB, ist Sprecher des „Friedenskomitees 2000 für Entmilitarisierung, Truppenabzug und Selbstbestimmung“, Starnberg

# Hilft nur noch ein Volksaufstand?

bla bla...

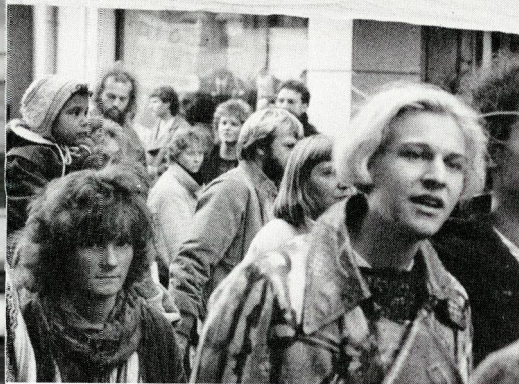
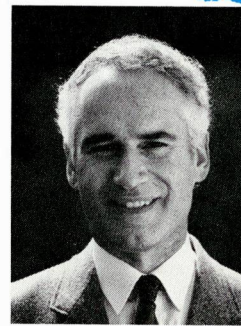


Foto: Martin Storz/graffiti

**Nein – unsere  
gewählten  
Volksvertreter  
ignorieren die Ge-  
fahr nicht.**

Von Dr. Paul Laufs\*

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland genießen, wonach sich die meisten anderen Menschen auf der Welt sehnen: Sie leben in der Freiheit einer parlamentarischen Demokratie und der Sicherheit eines Rechtsstaates; die Offenheit der gesellschaftlichen Meinungsbildung wird über eine Vielzahl unabhängiger Medien hergestellt. Unsere Bürger sind geschützt vor der Willkür von einzelnen oder Gruppen, die ihre Ängste und Meinungen, ihre Interessen und Forderungen einer Minderheit aufzwingen wollen. Das Gewaltmonopol hat der Staat.



Vereinfachung“ macht blind. Die Angstreaktion ist eine schlechte Weise, schwierige, auch gefährliche Situationen zu bewältigen, weil sie rationales und damit wirksames Vorgehen lähmt.

Es ist ja nicht so, daß unsere gewählten Volksvertreter oder auch die in der Wirtschaft Verantwortlichen die Gefahr

des Ozonabbaus ignorieren. Eine Enquete-Kommission des Bundestages hat mit breiter Unterstützung der Wissenschaft die Ursachen einer Gefährdung der für die Abwehr gefährlicher ultravioletter Strahlen wichtigen Ozonschicht untersucht und die daraus zu ziehenden Folgerungen veröffentlicht. Die Kommission forderte einen schnellstmöglichen Ausstieg aus Produktion und Verbrauch von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW), die in erster Linie für den Abbau des Ozons in der Stratosphäre verantwortlich gemacht werden.

Die deutsche Aerosol-Industrie hat ihre Zusage aus dem Jahr 1987, den FCKW-Einsatz in Spraydosen bis Ende 1989 um mindestens 90 Prozent gegenüber dem Bezugsjahr 1976 mit einem Verbrauch von 53000 Tonnen zu vermindern, bereits ein Jahr früher als erwartet erfüllt.

Im April 1991 verabschiedete die Bundesregierung eine FCKW-Halon-Verbots-Verordnung, nach der in der Bundesrepublik bis zum Jahr 1995 Herstellung und Verbrauch von FCKW verboten werden. Die Bemühungen gehen dahin, in Absprache mit der Wirtschaft diesen Termin möglichst auf das Jahr 1993 – früher als in jedem anderen Land – vorzuziehen. Daß diese frühe Frist in Teilbereichen erreicht werden kann, ergab im Februar diesen Jahres in Berlin eine vom Bundesumweltminister initiierte internationale Konferenz über FCKW-Ersatzstoffe. Die EG hat, nicht zuletzt durch die Bemühungen der Bundesregierung, den Ausstiegstermin auf 1995 vorgezogen. Diese Position wird die EG noch in diesem Jahr auf einer Vertragsstaatenkonferenz des Montrealer Protokolls zum FCKW-Ausstieg vertreten.

Weil sich das bisher in Verkehr gebrachte FCKW noch auf Jahrzehnte hinaus auswirken wird, muß seine weitere Verwendung so bald wie möglich gestoppt werden. Wie gefährlich aber ein zu schneller Umstieg in nicht ausreichend geprüfte Ersatzstoffe sein könnte, zeigt die Geschichte des FCKW selbst. Diese Chemikalie galt wegen ihrer chemischen Eigenschaften einst geradezu als Wundermittel, bis ihre schlimmen Auswirkungen in der von uns so weit entfernten Stratosphäre erkannt wurden. Wir müssen jetzt aufpassen, daß wir nicht Schäden in der Zukunft durch den Einsatz ungenügend erforschter Ersatzmittel verursachen. Denn sichere Ersatzmittel brauchen wir: Wer will z. B. ernsthaft auf die segensreiche Wirkung der Kühlung von Lebensmitteln verzichten?

\*Dr. Paul Laufs, MdB, ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn.

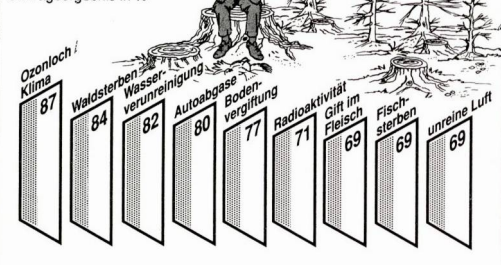
## „Der ‚Volksaufstand‘ ist im Grundgesetz nicht vorgesehen“

Wer bei uns seine Ansichten durchsetzen will, muß sich um Verbündete, um Mehrheiten bemühen, muß die in der Verfassung vorgesehenen demokratischen Verfahrensweisen befolgen. Wer sich in seinen Rechten verletzt fühlt, kann sich an unsere Gerichte wenden. Der „Volksaufstand“ ist im Grundgesetz aus guten Gründen nicht vorgesehen. Unsere Verfassung hält gegenüber plebiszitären Verfahren eine wohlverwogene Distanz.

Das Zerschlagen des Knotens statt seiner mühsamen Auflösung ist wohl eine menschlich-allzumenschliche Versuchung, mit einer meist komplizierten Wirklichkeit umzugehen. Die „schlimme

### Umweltängste der Bundesbürger (West)

Umfrageergebnis in %



Quellen: B.A.U.M., Allensbach

91.07.74 © imu



Greenpeace-Aktion bei der Kali-Chemie AG in Bad Wimpfen.

Foto: Martin Storz/graffiti

## Die gestuften Zivis

### 1. Lohn der Arbeit

Es gibt sicherlich einträglicheres, als sein Brot im Zivildienst zu verdienen. Zwar steht schon in der Bibel, man solle dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden. Doch bei der Gestaltung der Sätze für Sold und Verpflegung für die staatsdienende junge Männer-Generation muß das den zuständigen Politikern aus dem Blickfeld geraten sein.

Viel Staat ist mit dem, was der Staat da anbietet, ja wahrlich nicht zu machen. Die Wehrpflichtigen in der Bundeswehr, nach deren Sold und Verpflegungsgrundsätzen sich die Leistungen für die ZDL richten, verlangen z. Z. von dem zuständigen Minister eine Erhöhung ihres Soldes.

(Übrigens: es gibt auch für die ZDL eine zuständige Ministerin!)

### 2. Die Sold-Treppe

Sie besteht lediglich aus drei Stufen, sollte also leicht zu erklimmen sein. Und trotzdem gelingt es den meisten nicht, während ihrer Zivi-Laufbahn auf dem Gipfel der Soldkarriere anzukommen.

Die erste Stufe bereitet keine Schwierigkeiten. Das ist sozusagen die Grundausstattung; darauf besteht ein Rechtsanspruch, so lange einer Zivildienst leistet:

**Soldgruppe 1: z. Z. kalendertäglich 11,50 DM.**

Auf dieser Stufe hält sich der Zivi dann mindestens 6 Monate auf. Doch die nächste Stufe erklimmen zu wollen, bereitet die ersten Schwierigkeiten. Ein ZDL kann nicht darauf pochen, soldmäßig befördert zu werden. Das kann ihm nur gewährt werden, wenn er eine erste bürokratische Hürde genommen hat: Die „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des § 35 Abs. 2, Satz 1+2 des Zivildienstgesetzes“. Sie machen deutlich, daß man nicht so ohne weiteres die Soldtreppe nach oben kommt. „Eignung, Befähigung und Leistung eines ZDL“ sollen gewürdigt und anerkannt werden. Hat er also in der zurückliegenden Zeit „Zuverlässigkeit im Dienst, Arbeitsfreude, Bereitschaft zur Mitarbeit in der Dienststelle“ gezeigt und ist auch nicht „disziplinarisch gemäßigelt“ worden, so erklimmt er im 7. Monat in aller Regel die nächste Stufe der Sold-Treppe:

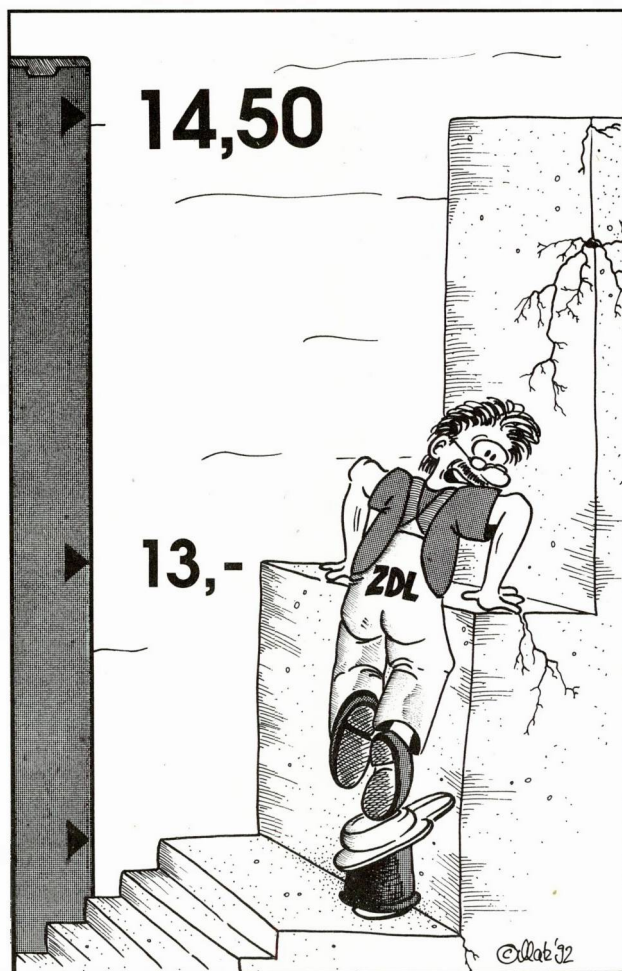
**Soldgruppe 2: z. Z. kalendertäglich 13,- DM.**

Dieser Aufstieg vollzieht sich formlos und ohne Antrag. Es obliegt der Dienststelle, ab dem 7. Monat die Soldgruppe 2 auszusuchen. Das BAZ prüft zwar nach Aktenlage die Berechtigung dazu, doch wenn der Zivi nicht... – siehe oben –, dann gibt es keine Probleme.

Allerdings schwebt dann immer noch ein kleines Damoklesschwert über seinem Haupt: Der § 59, Abs. 1 Nr. 5 ZDG. Im Falle einer Dis-

### Wie man Soldstufe 1, 2 oder gar 3 erklimmt

Von Reinhard Becker



ziplinar-Verfügung kann in Soldgruppe 1 zurückgestuft werden. Wer das alles ganz genau wissen will, kann es im „Leitfaden für den ZD“ unter Abschn. F4, Nr. 3 bis 3.1.4. nachlesen.

Nun gibt es ZDL, die sozusagen karrieresüchtig sind und noch weiter nach oben wollen. Ihr Sinnen und Trachten richtet sich auf **Soldstufe 3**. Doch sehen sie sich plötzlich erheblichen Anforderungen ausgesetzt. Sie müssen der Eignungsprüfung standhalten: „Eignung, Befähigung und Leistung sind in jedem Einzelfalle festzustellen“. Sollte der Zivi den umfangreichen Prüfungskriterien standhalten, dann erhält er frühestens nach 12 Dienstmonten:

**Soldgruppe 3: z. Z. kalendertäglich 14,50 DM.**

Nun entscheidet über die Gewährung dieser höchsten Stufe der Sold-Karriere nicht mehr die Dienststelle, sondern – im Auftrage des BAZ – die zuständige Verwaltungsstelle Zivil-

dienst. Und dabei wird es vornehm: Hier werden nicht mehr banale Anträge gestellt. Die Dienststelle schlägt vor, oder der Zivi selber gibt Anregungen. So steht zu hoffen, daß sich nach einer solchen Anregung auch wirklich etwas regt, daß nämlich ein Fragebogen von der Dienststelle ausgefertigt wird, in dem Fragen zu Eignung, Leistung und Führung des ZDL gestellt werden (siehe Leitfaden F4 Anlage 1).

**Eignung:** Vor allem im ZD erworbene Fähigkeiten bei Lehrgängen und Einweisung sowie auch Berufsausbildung und 6 Monate ZD in der Tätigkeit, für die Soldgruppe 3 gegeben wird.

**Leistung:** Herausgehobene Tätigkeit zu mehr als 50 % der täglichen Arbeit. Darunter ist z. B. zu verstehen:

- Pflegedienst bei Schwerkranken, Behinderten, in geschlossener psychiatr. Abteilung.
- Narkosewache, Mithilfe bei ärztl. Maßnahmen wie operativen Eingriffen.
- selbständige Tätigkeiten bei körperlich oder geistig Behinderten.
- Kolonnenführung im Krankentransport.
- ausgebild. Pfleger oder Arzt
- besonders verantwortliche Tätigkeit in anderen Bereichen, die Berufsausbildung verlangt.

**Führung:** immer lieb und brav, kurz: konstruktiv und einfügsam!

Aus alledem ist zu erkennen, daß die Soldgruppe 3 im wesentlichen für schwere Arbeit dem Pflege- und Behindertenbereich vorbehalten ist. Die Erfahrung hat gezeigt, daß reiner Kraftfahrtdienst wie auch die Einkaufs- und Betreuungstätigkeit im ambulanten Einsatz nicht zu den „herausgehobenen Tätigkeiten“ gerechnet werden.

Natürlich wird die Soldgruppe 3 nur so lange gezahlt, wie jemand in „herausgehobener Tätigkeit“ eingesetzt ist. Wer hier in eine andere Tätigkeit, z. B. durch Versetzung, hineinkommt, geht dadurch die Soldtreppe eine Stufe herunter. Das gleiche gilt bei einer eventuellen Disziplinarverfügung.

Was auch immer und durch wen auch immer in Sachen Soldgruppe 3 entschieden wird, es muß dem ZDL schriftlich mitgeteilt werden.

### 3. Nachbemerkung

Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst wirbt im Lande für ein Verständnis des Zivildienstes als einer sinnerfüllten Zeit und Tätigkeit für die junge Generation. Was macht es aber für einen Sinn, wenn unzureichende Existenzgrundlagen die höheren Ansprüche desavouieren? In der Bibel steht doch schon: Man soll dem Ochsen der da drischt... (siehe am Anfang). ■

# MULTIKULTURELLE GESELLSCHAFT

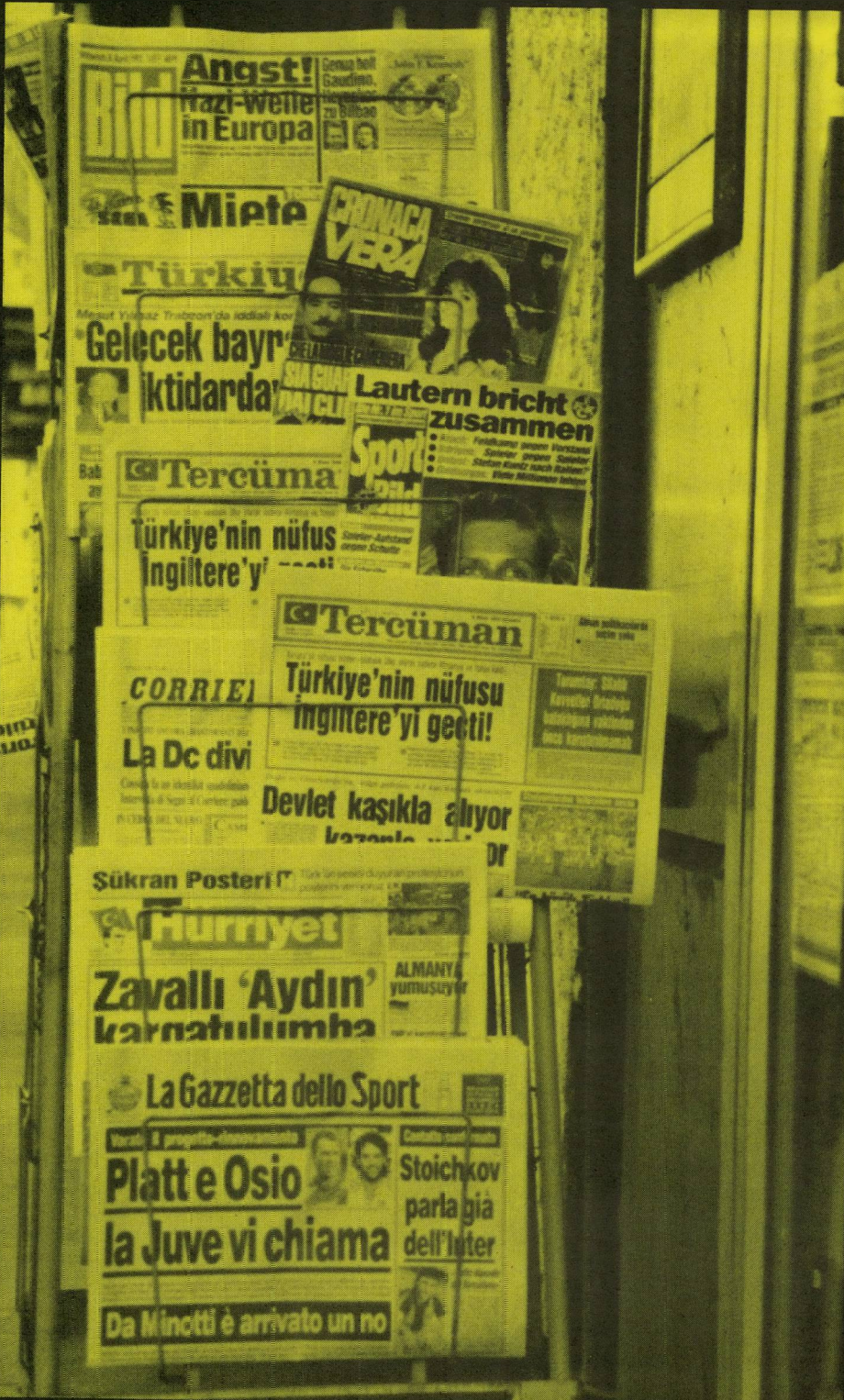


Foto: W. Schulz

Es ist ganz sicher, die multikulturelle Gesellschaft wird das Gesellschaftsbild unserer Zukunft sein, d. h.: sofern wir uns für die Zukunft mehr vornehmen wollen, als lediglich das, was wir heute haben und sind zu bewahren und – im schlimmsten Fall militärisch – zu verteidigen. Eine derartige, allumfassende „Verteidigungsmentalität“ (Max Frisch) wäre allerdings das Ende jedweden Fortschritts. Wenn gesellschaftliche Entwicklung möglich bleiben soll, dann gibt es zur multikulturellen Gesellschaft „keine Alternative“ (Heiner Geißler). Sie ist die „Chance für eine lebendige Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens“ (Diakon. Werk der EKD).

In weiten Bereichen ist unser Leben ja längst multikulturell geworden. Das gilt zum Beispiel überall dort, wo wir von Kultur im engeren Sinn reden, Musik, Literatur, Malerei, Film, ... bis hin zur internationalen Küche. Das gilt aber auch für Industrie und Technik: „Waschmaschinen und Kühlschränke haben keine nationale Physiognomie, die Technik ist antiregional, ihre Formsprache ist ein Esperanto“ (Max Frisch, „überfremdung II“, 1966!). „Deutschland den Deutschen“, diese schwachsinnige Hetzparole gegen alles Fremde, birgt eine wahrhafte Horrorvision von einem langweiligen, faden, unmenschlichen und obendrein rückständigen Leben.

In anderen Bereichen steht uns eine engere, Nationalgrenzen überschreitende Zusammenarbeit unmittelbar bevor: Der europäische Binnenmarkt, ab 1993, in wirtschaftlicher und – damit eng verwoben – die drohende weltweite Umweltkatastrophe in ökologischer Hinsicht. Und nicht zuletzt müssen die reichen Staaten Europas gemeinsam Strategien gegen das weltweite Flüchtlingsproblem entwickeln.

Speziell für uns Deutsche schließlich verbinden sich mit der multikulturellen Gesellschaft auch noch ganz profane nationale Interessen: Deutschland droht zu vergreisen. Im Jahr 2030, so hat etwa Heiner Geißler errechnet, werden auf 100 RentenversicherungszahlerInnen 74 RentnerInnen kommen. Wenn nichts geschieht, d. d., wenn wir nicht weit mehr Einwanderer als bisher aufnehmen, werden wir trotz erheblicher Verlängerung der Lebensarbeitszeit Rentenversicherungssätze von 40 % oder mehr bezahlen müssen.

Es geht also längst nicht mehr darum, ab wir eine multikulturelle Gesellschaft sein wollen, sondern darum, wie wir das Miteinander der verschiedenen Kulturen und Religionen in einem aktiven und kreativen Prozeß demokratisch gestalten. Beispiele und Anregungen dazu auf den folgenden Seiten.

W. Sch.

## Miteinander wohnen

### „Multi-Kulti“ in der Nachbarschaft

„Wir fühlen uns wohl hier!“ und: „In unserem Stadtteil gibt es zwischen Ausländern und Deutschen absolut keine Probleme“, sagen die jungen Türken im Wuppertaler Stadtteil Ostersheim. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung beträgt hier 25 %. Einer der Gründe für die gute Stimmung heißt „Nachbarschaftsheim e. V.“. Mit einer ganzen Reihe von Projekten und Angeboten versucht der Verein, sich auf die multikulturellen Herausforderungen der Wohnstruktur einzustellen.

Ein Bericht von Werner Schulz

Multikulturelle Gesellschaft“, sagt Andreas Baumgärtner, „das ist für mich einerseits Realität und Alltag – aber andererseits Wunschvorstellung, ein Ziel, von dem wir noch weit entfernt sind.“ Andreas Baumgärtner ist Leiter des sogenannten Nachbarschaftsheim im Wuppertaler Stadtteil Ostersheim. Was er mit Realität und Alltag meint, läßt sich in konkreten Zahlen ausdrücken. Im einstigen Arbeiterstadtteil Ostersheim, dem „roten Viertel“, wie man früher sagte, leben heute 13000 Menschen, und jede/r vierte/r ist Ausländer/in. Der Anteil von 25 % ausländischen Bewohnern ist hoch, im Bundesdurchschnitt liegt er bei 8 %. De facto also ist das Leben in Ostersheim „multikulturell“, es wohnen hier griechische, jugoslawische, türkische, marokkanische... Familien neben den deutschen. Daß sie mehr und mehr auch mit den Deutschen leben, das eben ist der Wunsch, das Ziel von Andreas Baumgärtner und den mittlerweile 30 hauptamtlichen Mitarbeitern des Nachbarschaftsheim.

Gegründet wurde das Wuppertaler Nachbarschaftsheim 1949 von Angehörigen der Religionsgemeinschaft der Quäker. Heute ist es als sog. Sozio-kulturelles Zentrum ein eingetragener Verein, die Mitgliedschaft steht allen BewohnerInnen offen. Es gibt insgesamt sechs Fachbereiche – vom Kindergarten, dem „Internationalen Jugend- und Begegnungszentrum“ bis zur Altentagesstätte –, in denen die MitarbeiterInnen neben anderen Aufgabenstellungen auch sehr bewußt versuchen, den multikulturellen Herausforderungen der Wohnstruktur zu begegnen.

### Deutsche und türkische Lieder im Kindergarten

Dem anvisierten Ziel, mehr zusammen statt nebeneinander leben, sind ganz offensichtlich die kleinsten Stadtteilbewohner, die Kinder im Kindergarten (50 % Ausländer) oder im Jugend- und Begegnungszentrum am nächsten. Probleme zwischen den Nationalitäten, so erklären die Pädagogen unisono, gibt es bei den Jüngsten absolut keine. Im Sandkasten oder beim Ballspielen, wenn sie gemeinsam internationales Mittagessen kochen oder im „Kinderkreis“ Clown und Akrobat sind – es ist den Jungen und Mädchen ganz einfach egal, aus welchen Staaten ihre Eltern und Großeltern stammen. Sie singen die türkischen Lieder genauso gerne wie die deutschen. Und wenn sich, was vorkommt, zwei in die Haare kriegen, dann hat das

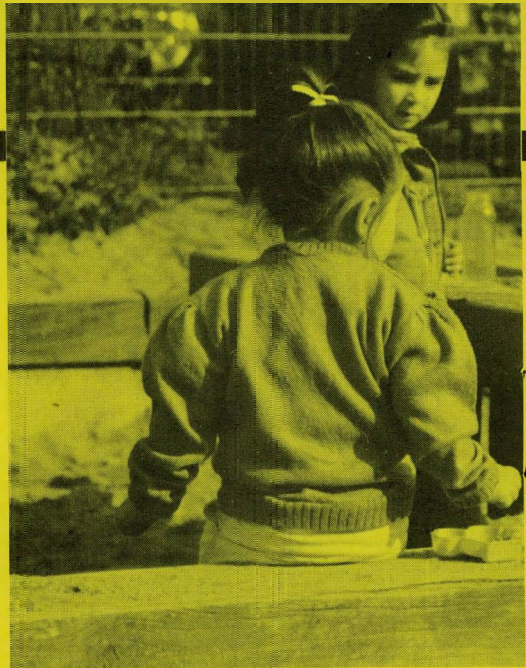
nichts mit deren Farbe zu tun. Die Kindergartenkinder können bisweilen egoistisch denken – aber nationalistisch noch nicht. Und in Sachen Toleranz könnten die Erwachsenen eine Menge von ihnen lernen: Wenn im Sommer die türkischen Mädchen auch bei der Hitze ihre Kleiderchen anbehalten wollen, dann ist das denen, die sich Badesachen anziehen, noch lange kein Problem – mit Lego spielen mögen schließlich auch nicht alle.

### Gruppenmentalität im Jugendhaus

Vom „Baum der nationalen Erkenntnis“ naschen die Kinder erst viel später; so mit 13, 14, 15, sagen die Pädagogen, ist die kulturelle Unschuld oft vorbei. Der offene und natürliche Umgang mit Altersgenossen anderer Nationalitäten ist im Jugendzentrum „Offene Tür“ längst nicht mehr selbstverständlich. Bereits der erste Blick in die Räume des Hauses, nach 20 Uhr etwa, macht deutlich, daß die Abgrenzung, das Nebeneinander, die Gruppenmentalität irgendwann im Jugendlichenalter beginnt:

Unter den 30 bis 40 Jugendlichen sind nur sehr wenige Deutsche. In der Hauptsache sind es junge Türken, die sich abends hier treffen.

Auf etwa 70 zu 30 schätzt die Pädagogin Monika Heinemann das Verhältnis von Ausländern zu Deutschen im Durchschnitt, und damit ist sie schon recht zufrieden; vor ein paar Jahren noch seien die Türken hier absolut unter sich gewesen – und ein reiner Jungmännerclub obendrein. Türkische Mädchen sind auch heute



Miteinander – und nicht nebeneinander – spielen, das ist für die Kinder selbstverständlich.

noch im Abendprogramm der „Offenen Tür“ ganz einfach nicht dabei. „Spätestens ab 18 Uhr tut sich für die türkischen Mädchen hier nichts mehr. Die kommen zur Hausaufgabenbetreuung und müssen dann aber sofort wieder nach Hause, da achten die Eltern sehr darauf“, sagt die Pädagogin.

### „Kartoffeln kontra Kebab“

Miteinander statt nebeneinander, das ist in der Altersstufe der Jugendlichen nicht mehr die Regel, bunt gemischte Cliques ergeben sich nur selten „einfach so“. Wer sich, wie die pädagogischen Mitarbeiter des Nachbarschaftsheim, mit den „geschlossenen Gesellschaften“ der einzelnen Nationalitätengruppen nicht einfach abfinden will, muß nachhelfen, muß Angebote für alle machen, Initiativen starten... „Multi-Kulti“ wird so zum sozialpädagogischen Arbeitsfeld.

Seit Jahren wurde und wird im „Naba“, wie der Verein im Stadtteil genannt wird, in dieser Hinsicht einiges versucht. Die besten Erfahrungen machen die Pädagogen dabei mit ganz konkreten Projekten, zu denen sich jeweils feste Gruppen von Jugendlichen über einen längeren Zeitraum zusammenschließen. So entstand etwa ein Video-Film über das Leben im Stadtteil, dem die Jugendlichen SchauspielerInnen und ProduzentInnen den schönen Titel „Kartoffeln kontra Kebab“ gaben. Ein Video-Film zum Thema Asyl entstand im „Internationalen Jugend- und Begegnungszentrum“. Sehr gut klappt die multikulturelle Zusammenarbeit



„In unserem Stadtteil gibt es – noch – keine Probleme.“ Türkische und deutsche Jugendliche im Jugendhaus „Offene Tür“.

Fotos: W. Schulz

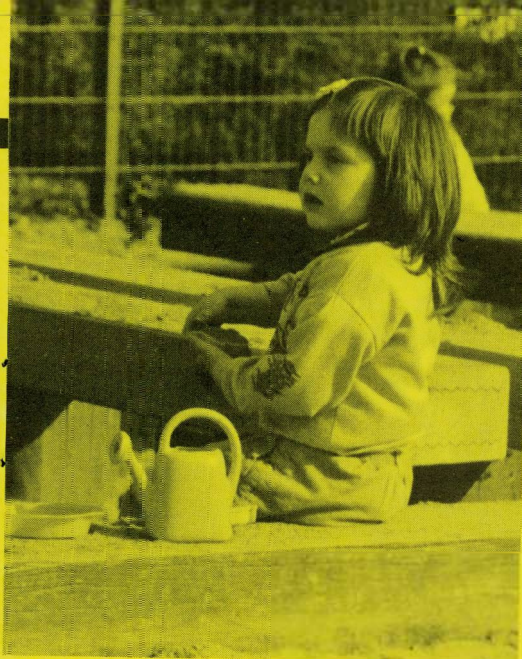


Foto: W. Schulz

auch im „Zirkusprojekt“, in dem seit mehr als zwei Jahren 20 Kinder aus sieben Nationen miteinander Clownerie, Jonglieren und Akrobatik üben und ihre „Show“ dann bei Festen vorführen.

## Sozialarbeit kann die multikulturelle Gesellschaft nicht realisieren

Die Arbeit in solchen Projekten mit kleinen Gruppen erfordert einen langen Atem und sie kostet Geld – nicht zuletzt für die pädagogischen MitarbeiterInnen – aber: Die Erfolge sind von außen nur schwer erkennbar.

„Wer hier arbeitet“, so eine der Pädagoginnen, „der sieht sehr deutlich, wie wichtig solche Angebote sind. Aber bei den Geldgebern wird diese Notwendigkeit oft nicht gesehen.“ Auch der Leiter des „Nabas“, Andreas Baumgärtner, hält es in Anbetracht der bundesweit gereizten Stimmungslage zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung für dringend geboten, daß vor allem die multikulturelle Jugendarbeit ausgebaut und entsprechende Projekte gefördert werden. Aber er weiß auch: „Auf dem Rücken der Sozialarbeit kann das Ziel einer funktionierenden multikulturellen Gesellschaft nicht realisiert werden. Die Probleme, vor denen wir heute stehen, haben sehr viel mit Politik zu tun, mit der Wohnungspolitik z. B.. Gerade durch die Wohnungsnot entstehen Rivalitäten und Neidgefühle, die durch eine entsprechende Wohnungsbaupolitik ganz einfach vermeidbar wären.“

Deutlicher sagt es Mehmed, ein 25jähriger Türke, der mit seinen Landsleuten draußen am Spielplatz sitzt. „Es gibt so viele schwachsinnige Sachen, wo Geld eingesteckt wird. Z. B. der Jäger 90, der ist doch absolut unnötig. Heutzutage braucht man doch so ein super-super Flugzeug nicht mehr. Diese vielen Milliarden, die könnte man doch sofort in neue Wohnungen stecken. Ich denke, ein Staat sollte zuerst die Probleme im Innern lösen und wenn er dann noch zuviel Geld übrig hat, dann kann er ja von mir aus solche Geschichten machen.“

## „Wir alle haben Angst“

Die türkischen Jugendlichen, das betonen sie immer wieder, schätzen die Existenz und die In-

itiativen des Nachbarschaftsheims sehr hoch ein. Daß es in ihrem Stadtteil zwischen Deutschen und Ausländern „gut klappt“ und es hier „noch keine Probleme“ gibt, das hätten zu einem großen Teil die Angebote des Nachbarschaftsheims bewirkt. Aber tendenziell sehen sie ihre Zukunft in Deutschland ziemlich düster: „Wir alle haben Angst“, sagt der 23jährige Türke Mustafa, zwei Tage nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Und sein Freund Mehmed meint: „Es wird jetzt in Deutschland ein Sündenbock gesucht, das haben die Wahlen ja gezeigt. DVU und Republikaner sagen, an den Problemen hier seien die Ausländer schuld. Die denken nicht weiter, denen reicht es, wenn sie einen Sündenbock haben. Das ist wie damals, bei den Juden.“

Viele ausländische Jugendliche, so erzählen die MitarbeiterInnen im Jugendhaus, haben sich aus Angst vor Angriffen bewaffnet, mit Messern und Schlagstöcken. Daraus aber könnte sich allzuleicht eine Spirale der Gewalt entwickeln: Wo Ausländer mit Waffen auftauchen oder sich gewaltsam wehren und in Keilereien verwickelt sind, da verstärkt sich der Fremdenhaß bei den Deutschen, und wo der Fremdenhaß wächst, wächst auf der anderen Seite wieder die Angst – also noch mehr Waffen...

nen die Lebensbedingungen im Stadtteil verändern.“ In bezug auf die Zusammenarbeit mit ausländischen MitbürgerInnen sind die Erfolge bislang allerdings eher bescheiden. Aber immerhin: Der Stadtteiltreff veranstaltet regelmäßig einen Sprachkurs und einen Nähkurs für türkische Frauen, und – was sich mehr und mehr zum echten „Renner“ entwickelt – dreimal im Monat gibt es im Café einen türkischen Mittagstisch, zubereitet von zwei Türkinnen. Etwa zwei Dutzend Gäste, von Kindern bis zu SeniorInnen, essen dann für DM 6,- im Stadtteiltreff zu Mittag. Gericht wie „Prasa“, „Tazefasneye“ oder „Türlü“ stehen auf dem Speiseplan, und nicht selten lassen sich deutsche Frauen von den Türkinnen die Rezepte geben und kommen so, oft zum ersten Mal, miteinander ins Gespräch.

## Integration?

„Multikulturelles Engagement im Stadtteil“, sagt Andreas Baumgärtner, „heißt für mich einmal: Man muß Möglichkeiten *sehen*, wo Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit machbar sind. Es heißt aber auch: Man muß Möglichkeiten *stehenlassen*, zulassen können, daß man



„Multikulturelles Fest“ im Internationales Jugend- und Begegnungszentrum.

Foto: Olaf Hoppe

## Sprachkurse für türkische Frauen im „Stadtteil-Treff“

Noch weit schwieriger als im Jugendbereich gestalten sich die Bemühungen um ein echtes Miteinander bei den Erwachsenen. Für sie hat das Nachbarschaftsheim z. B. den sog. Stadtteiltreff eingerichtet, ein kleines Kommunikationszentrum mit einem gemütlichen Café. Zusammen mit einer Sozialpädagogin arbeitet dort auch ZDL Alexander. Zu seinen Aufgaben gehört neben der Einzelbetreuung älterer Menschen auch die Mitarbeit im Café sowie Öffentlichkeitsarbeit. Alexander ist Redaktionsmitglied der Stadtteilzeitung „Viertelstunde“, die vom Stadtteiltreff herausgegeben wird. AusländerInnen sind in der Redaktion bislang leider noch nicht vertreten. Sein Dienst, so erzählt Alexander, mache ihm sehr großen Spaß: „Das besonders schöne hier ist, daß das ganze Projekt „Stadtteil-Treff“ im Grunde eine politische Arbeit mit basisdemokratischem Ansatz ist: Wir wollen gemeinsam mit den AnwohnerIn-

auch anders leben kann, anders essen, anders Freizeit verbringen, sich anders kleiden.“

Mit dem Begriff „Integration“ haben die MitarbeiterInnen des „Nabas“ allesamt ihre Probleme, denn nicht selten werden bei – durchaus gut gemeinten – „Integrationsabsichten“ die Andersartigkeiten und kulturellen Grenzen einfach übersehen. Auch ZDL Alexander hat da einschlägige Erfahrungen hinter sich: Seine Bemühungen, türkische Frauen an den nachmittäglichen Kaffeetisch der deutschen Seniorinnen zu bewegen, waren ein einziger Frust. Heute weiß er: „Für türkische Frauen schickt sich so was einfach nicht. Die machen das auch in der Türkei nie.“

Mehr Erfolg in Sachen „Integration“ hatte da ganz offenbar Mustafa, der junge Türke aus dem Jugendhaus: „Wir haben in unserer Clique sechs bis sieben türkische Jungs und auch einen Deutschen. Der geht mit uns überall hin. Wenn es ein Fest gibt, vielleicht eine türkische Hochzeit, dann ist der immer mit dabei. Der ist voll integriert.“

## Miteinander arbeiten

### Ausländer und der Arbeitsmarkt

Von Dr. Wolf-Dieter Just\*

„Bornierte Sprüche wie 'Ausländer raus' sind menschenverachtend. Allein deswegen muß ihnen unerschrocken entgegengetreten werden. Darüber hinaus zeugen diese dumpfen Parolen auch von wirtschafts- und sozialpolitischer Ahnungslosigkeit. Ganze Branchen und Wirtschaftszweige würden lahmgelegt, verließen die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unser Land. Unsere Sozialversicherungssysteme wären akut gefährdet.“

Obiges Zitat stammt aus einer Erklärung von Arbeitsminister Norbert Blüm anlässlich des 30. Jahrestages des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens. Leider ist der von ihm dargelegte Sachverhalt heute nur wenigen bekannt. Und es gibt auch nur wenige Politiker, die angesichts der aufgeheizten Debatte über die Zuwanderung von Ausländern dieses zu sagen wagen. Auch die Geschichte dieser Zuwanderung wird heute verdrängt.

### Anwerbung fürs „Wirtschaftswunder“

In den 50er und 60er Jahren fand in der Bundesrepublik das „Wirtschaftswunder“ statt. Die Konjunktur lief auf vollen Touren. Es wurden dringend Arbeitskräfte gebraucht. Darum schloß die Bundesrepublik mit einer ganzen Reihe von Ländern Abkommen über die Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte: Zuerst mit Italien (1955), dann mit Spanien und Griechenland (1960), mit der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). In den Herkunftsländern wurden Anwerbebüros eröffnet, die dafür zu sorgen hatten, daß der expandierenden deutschen Wirtschaft eine ausreichende Anzahl junger, leistungsfähiger Arbeitskräfte zufließt. Es waren also die Deutschen, die diese Arbeitskräfte ins Land geholt und großen Nutzen aus ihrer Arbeit gezogen haben und ziehen.

### Seit drei Generationen in Deutschland

Inzwischen sind 37 Jahre seit der Ankunft der ersten „Gastarbeiter“ ins Land gegangen. Viele Angehörige der ersten Generation sind hiergeblieben und haben in unserem Land ihren Lebens-Mittelpunkt gefunden. Ihre Enkel, also die 3. Generation, besuchen derzeit unsere Schulen, machen eine Lehre oder steigen ins Erwerbsleben ein. Sie kennen die Heimat ihrer Großeltern nur noch von Urlaubsreisen. Ausländer sind längst Teil unserer Gesellschaft geworden und leisten einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand und zur kulturellen Vielfalt in diesem Land. Trotzdem sind sie bis heute Opfer von Diskriminierung und gesellschaftlicher Ausgrenzung, von Anschlägen und Vorurteilen. Zu den hartnäckigsten Vorurteilen gehört, daß sie den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen und/oder dem Sozialstaat zur Last fal-



Miteinander arbeiten – und wenn's sein muß auch demonstrieren, wie hier Bergarbeiter in Duisburg gegen Subventionskürzungen, 1991.

Foto: Rainer Steubloff/Joker

len. Wie das Blüm-Zitat (siehe oben) zeigt, sprechen die Fakten allerdings eine andere Sprache.

### Die Mär von den Ausländern, die uns die Arbeitsplätze nehmen

Mitte 1991 waren 1,9 Mio. Ausländer in der Bundesrepublik sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Sie werden immer noch überwiegend auf Arbeitsplätzen eingesetzt, die von Deutschen gemieden werden: Arbeitsplätze, die hohen körperlichen Einsatz erfordern, mit Schmutz, Lärm und Monotonie verbunden sind, geringe Bezahlung und Aufstiegschancen bieten. So gibt es einen überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil im verarbeitenden Gewerbe von 10,8 % – in Gießereien 24 %, in der Textilverarbeitung 17 %, Kunststoffverarbeitung 16 %, im Bergbau 14,5 %, in der Eisen- und Stahlerzeugung 14 %. Diese Branchen könnten ihre Produktion nicht aufrechterhalten, wenn

nicht ausländische Arbeitnehmer die Knochenarbeit leisteten.

Längerfristig wird die Bedeutung der ausländischen Bevölkerung noch zunehmen. Das liegt einmal an ihrer sehr günstigen Altersstruktur. Während bekanntlich die deutsche Bevölkerung zu „vergreisen“ droht und der Anteil der Erwerbstätigen schon bald viel zu gering sein wird, um die Renten aufzubringen, sind rund 40 % der türkischen Bevölkerung jünger als 18 Jahre. Derzeit besuchen 800 000 ausländische Kinder die allgemeinbildenden Schulen – ein kostbares Gut für unsere Volkswirtschaft, das „gepflegt“ sein will. Nicht Ausgrenzung, sondern Ausbildung, nicht Diskriminierung, sondern Integration ist das Gebot der Stunde! Allerdings wird die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer und Aussiedler nicht ausreichen.

um die ungünstige demographische Struktur der deutschen Bevölkerung auszugleichen. Darum werden nach einhelliger Meinung der Fachleute in den nächsten Jahren wieder ausländische Arbeitnehmer angeworben werden müssen. Das Boot ist nicht voll, sondern zu leer. Es braucht kräftige Ruderer, um vorwärtszukommen. Welcher Politiker sagt dies heute seiner Wählerschaft!

Zu erwähnen ist auch, daß es bereits eine beachtliche Zahl ausländischer Selbständiger in Deutschland gibt, darunter allein 35 000 Türken. Ihr Jahresumsatz wird auf 25 Mrd. DM geschätzt. Weit über 100 000 Menschen finden bei ihnen einen Arbeitsplatz.

Den öffentlichen Kassen fallen Ausländer nicht etwa zur Last, sondern sie sind für sie ein unverzichtbarer Gewinn. Nach einer neuen Studie des Rheinisch/Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen hat die Zuwan-





Werden bald wieder ausländische Arbeitnehmer angeworben, wie diese in den 50er und 60er Jahren? Foto: dpa

derung von Ausländern und Aussiedlern in den Jahren 1988 bis 1991, selbst unter Einschluß der Asylbewerber und der für sie geleisteten Aufwendungen, per saldo einen Gewinn für die öffentlichen Kassen von 41 Mrd. DM ausgemacht.

## Nicht Last, sondern Gewinn

Es wird höchste Zeit, diese Sachverhalte der Bevölkerung klarzumachen und das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Einwohnern positiv zu gestalten. Dazu gehört eine rechtliche Gleichstellung von Einwanderern und Deutschen, ein gesetzliches Diskriminierungsverbot, eine Gleichbehandlung am Arbeitsmarkt und in den Betrieben. Ausländer dürfen nicht länger auf die schmutzigsten und körperlich anstrengendsten Tätigkeiten festgelegt werden, zumal diese Arbeitsplätze sowieso zunehmend wegrationalisiert werden. Wir brauchen sie als Facharbeiter und Ingenieure, als Krankenschwestern und Kaufleute, Sozialarbeiter und Unternehmer. Ihre Anwesenheit in Deutschland stellt eine kulturelle Bereicherung dar und hilft uns, den engen nationalen Horizont zu überwinden – eine Grundvoraussetzung angesichts künftiger Herausforderungen des Zusammenlebens in der **einen** Welt. ■

\* Dr. Wolf-Dieter Just ist Studienleiter der Evang. Akademie Mühlheim/Ruhr und Vorsitzender des Fachausschusses „Ausländische Arbeitnehmer“ des kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der EKD. Über das Verhältnis Deutscher und Ausländer am Arbeitsplatz veröffentlichte er 1989 die Auswertung einer umfangreichen Intensivinterview-Studie: „Na, immer noch da? – Ausländer schildern ihre Situation in den Betrieben.“ Verlag Otto Lembeck, Frankfurt/M.; ISBN 3-87476-258-0.

## Miteinander „zivildienen“

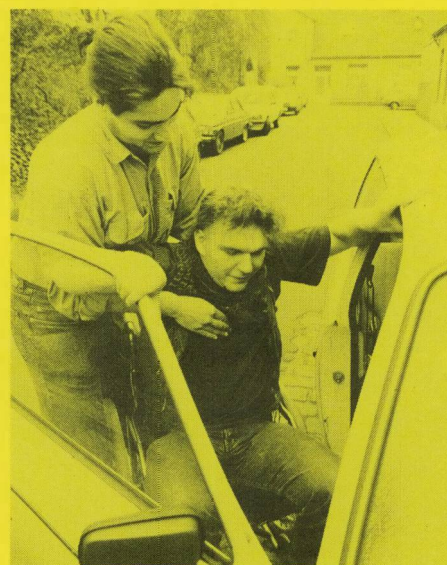
### Multikultureller Zivildienst mit sechs Doppelstaatlern in Bremen

Von Dieter Sell

„Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung“ und Arbeit in integrativen Kindergärten mit Zivis aus sechs, plus Deutschland, gleich sieben Ländern? Der „Soziale Friedensdienst“ (SFD) in Bremen zeigt, wie's geht. Dort arbeiten nämlich derzeit sechs Kriegsdienstverweigerer, die als Doppelstaatler mit lupenreinen Deutschkenntnissen jeweils zwei Pässe in der Tasche haben. Sie alle haben sich in der Regel aufgrund des in der Bundesrepublik gesellschaftlich anerkannten Zivildienstes dafür entschieden, zum Bremer SFD zu gehen. Ob sie Ausländerhaß begegnet sind? Bis auf wenige Ausnahmen haben sie gute Erfahrungen im Zusammenleben mit den Deutschen gemacht.

Beispiel Hector Enrique Fuenzalida Padilla: Er hat einen chilenischen und einen deutschen Paß und ist selbst in Chile geboren. Sein Vater hat die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt, die seine Kinder automatisch mit übertragen bekommen haben. Bislang hat sich die chilenische Armee bei ihm noch nicht gemeldet. Den Zivildienst beim SFD mit seiner Dienststelle im Kindergarten der Bremer Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde hat er „aus Überzeugung begonnen“.

Für den Deutsch-Finnen Ville Steudle war die Sache klar. Der Europäer („Ich fühl' mich als Deutscher und als Finne“) hat abgewägt: „Zivildienst in Finnland hat mehr Strafcharakter und ist beispielsweise durch eine Kasernierung der Dienstpflichtigen von starken Einschränkungen der persönlichen Freiheit begleitet“, erzählt Ville. Die Entscheidung lag auf der Hand.



ISB-Zivi Corsten Sing Dev mit Rollifahrer.

Fotos: Dieter Sell.



Fünf der sechs Doppelstaatler, die zur Zeit in Bremen Zivildienst leisten.

### „Für mich spielen politische Grenzen keine Rolle“

Für Martin Garcia (der Vater ist Spanier, die Mutter Deutsche) hätte sich auf der Iberischen Halbinsel zwar die Möglichkeit der Totalverweigerung geboten, aber auch ihm war es wichtig, Zivildienst als persönliche Erfahrung zu erleben. Seit dem 1. Juli des vergangenen Jahres arbeitet er ebenfalls in einem integrativen Kindergarten.

Wo er seine Wurzeln hat? „Ich bin europäisch geprägt. Für mich spielen politische Grenzen keine Rolle“, sagt Martin Garcia von sich. Allerdings: Wenn er seine Zivizeit beendet hat, möchte er gerne nach Barcelona – zum Studieren.

Peter Günsoy – Vater Türke, Mutter Deutsche – fühlt sich dagegen voll und ganz als „Nordlicht“. In der Türkei hat er den Kriegsdienst verweigert. Deshalb droht ihm dort die unehrenhafte Entlassung aus der Staatsbürgerschaft: „Auch wenn ich meinen Dienst hier geleistet habe, bedeutet das nicht, daß diese Zeit in der Türkei ersatzweise anerkannt wird. Da existieren keine Abkommen zwischen den beiden NATO-Ländern“. Also wird er mit einer Reise in die Türkei noch warten müssen, bis die Sache endgültig geklärt ist. Fährt er trotzdem, könnte es sein, daß er von Grenzpolizisten „abgefischt“, verhaftet und der Armee überstellt wird.

### Heimat – ein schwieriger Begriff

Der Vater von Carsten Singh Dev ist Inder. Doch aus seiner fernen zweiten Heimat hat Carsten bislang keinen Erfassungsbescheid bekommen. Seine Vermutung: „Das ist wohl in der riesigen indischen Bürokratie untergegangen. Außerdem – warum sollen die sich bei fast einer Milliarde Indern gerade um mich kümmern?“ Dazu komme, daß er sich so oder so noch nie als Inder gefühlt habe und deshalb der Antritt des Zivildienstes in Deutschland keine Frage gewesen sei.

Takwah Andreas Chan ist Sohn chinesischer Restaurantbesitzer. Hat er schon Haß verspürt? Hin und wieder, auf der Straße, sei er angepöbelt worden: „Ausländer raus!“, so im Vorübergehen, meist waren es ältere Mitbürger. „Auseinandersetzungen hat es da nie gegeben. Auch keine Diskussionen, denn die Leute waren ja immer gleich weg. Raum für ein ernsthaftes Gespräch war nicht vorhanden.“ Seine türkischen Freunde hätten da mehr Schwierigkeiten.

„Heimat“ ist für sie allesamt ein schwieriger Begriff. Martin Garcia bringt es zumindest teilweise auch für seine Kollegen auf den Punkt: „Der Kaffeeduft in Bremen, die norddeutsche Tiefebene, plattes Land, schwarz-weiße Kühe – das ist meine Heimat. ■

## Miteinander glauben (wenn auch anders)

### Über Chancen und Schwierigkeiten des interreligiösen Dialogs

Von Heinz Klautke\*

Geht denn das: miteinander anders glauben? Ein praktisches Beispiel soll gleich genannt werden. Das ist zwar noch die Ausnahme, aber es kommt vor, und ist wohl die häufigste Form der interreligiösen Begegnung: Christen und Muslime heiraten. Man sollte dabei nicht vorschnell urteilen, daß die Partner dann wohl beide von Religion nichts halten können, wenn sie die Unterschiede so wenig ernst nehmen. Zunächst einmal unterstelle ich und weiß auch aus Erfahrung, daß Ehepartner unterschiedlicher Religion ihren Glauben ernst nehmen. Aber es bleibt dennoch die Frage: Können dann beide bei ihrem Glauben bleiben? Wer den Partner oder die Partnerin als Person ganz eigener Prägung respektiert und so liebt, wird darin keine Schwierigkeit sehen. Man muß natürlich früh genug darauf zu sprechen kommen. Da haben wir „Westler“ unsere Probleme, weil Religion für uns zum großen Teil Privatsache ist und möglichst lange für sich behalten wird. Muslime haben mit der Öffentlichkeit und der Gemeinschaftlichkeit ihres Glaubens weniger Schwierigkeiten. Frühzeitiges Reden über den Glauben ist besonders wegen der Kindererziehung wichtig, denn da stellt sich heraus, ob nicht doch Vorbehalte gegenüber der anderen Religion vorhanden sind. Es ist dann eine ganz schwierige Entscheidung, in welchem Glauben ein Kind erzogen werden soll.

#### Ähnlichkeiten und Verwandtschaften

Wenn die Partner sich über die Inhalte und wesentlichen Grundlagen ihrer Religionen unterhalten, werden sie feststellen: Zunächst einmal sind da viele Ähnlichkeiten und Verwandtschaften: „Miteinander glauben“ wir Christen mit den Muslimen an den einen Gott als den Schöpfer und Erhalter des Lebens, als den Herrn der Geschichte, als den Richter im Jüngsten Gericht. „Miteinander glauben“ wir, daß wir zu Gott im Vertrauen auf seine Gnade beten können, daß er also gnädig und barmherzig ist, daß er dennoch will, daß wir seinem Willen nachfolgen und seine Gebote halten.

In den Grundlagen des Glaubens gibt es also viele Gemeinsamkeiten. Die Lebensgestaltung auf Grund des Glaubens aber unterscheidet sich, weil sich da die geschichtlichen Entwicklungen ausgewirkt und in der Tradition verfestigt haben.

Ich will aber nicht verschweigen, daß es nicht nur in der Glaubens-Praxis Unterschiede gibt, sondern auch im Glaubensgut. Wir Christen betonen die Unverzichtbarkeit Christi für unser Heil. Das beeinflußt auch unser Gottesbild, so daß wir nur über Christus Zugang zu Gott finden. Für Muslime liegt das unterscheidend Besondere gegenüber dem christlichen Glauben in dem Verständnis des einen Gottes,



Mitglieder der Christlich-Islamischen Gesellschaft Pforzheim vor dem Neubau der Moschee.

Foto: Joachim Röttgers/Graffiti

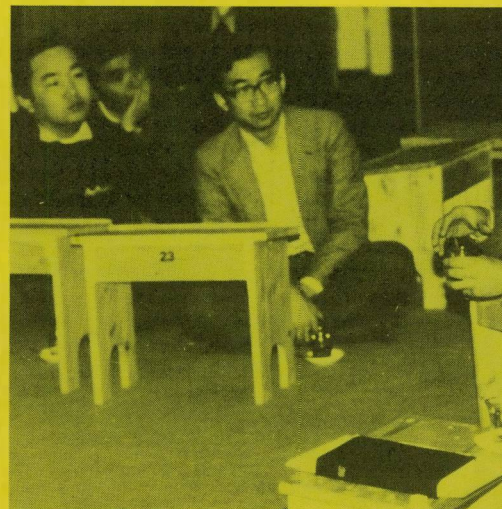
der kein anderes göttliches Wesen neben sich haben kann, auch keinen Sohn neben sich haben kann, um wirklich der EINE zu bleiben. So wird dann Jesus zwar als großer Prophet sehr verehrt, der Glaube an seine Gottessohnschaft aber als Irrlehre abgelehnt. Hinzu kommt im Islam der Glaube an die Prophetenschaft Mohammeds, der damit Jesus überbietet.

#### Unterschiede und Vorbehalte

Bemerkbar werden solche Unterschiede etwa bei der Frage des Betens. Während des Golfkriegs hatte es auch interreligiöse Friedensgebete gegeben. Zum Teil waren sie von christlicher Seite angeregt worden, zum Teil war aber auch von muslimischer Seite dazu eingeladen worden. Wenn solche Friedensgebete in Kirchen stattfanden, ist es vorgekommen, daß Muslime daran nicht teilnehmen wollten, weil in Kirchen ja das Kreuz oder gar der Gekreuzigte zu sehen sei. Andererseits hat es bei Christen Vorbehalte oder gar Kritik gegeben, da man doch mit Muslimen nicht den gleichen Gott anbetet. In Bayern haben die Theologischen Fakultäten dazu Gutachten erarbeitet und festgestellt, daß es gemeinsame Gottesdienste nicht geben kann, wohl aber in besonderen Situationen Zusammenkünfte zum Gebet von Christen und Muslimen an einem gemeinsamen Ort.

Wenn es nun Unterschiede gibt, ist es besonders wichtig, daß die Begegnungen dauerhaft werden. Erst dadurch, daß Zusammenkünfte über längere Zeit durchgehalten werden und man sich dadurch kennenlernt, werden Vorurteile abgebaut und Vertrauen aufgebaut, so daß auch problematische Phasen durchgestanden werden können.

Wo geschieht Begegnung? Friedensgebete sind schon genannt worden; teilweise haben sich daraus weitgehende Gesprächsgruppen ergeben. In manchen Gegenden gibt es Christlich-Islamische Gesellschaften (CIG), so in Nordrhein-Westfalen und in der Pforzheimer Gegend. An manchen Orten (etwa in Garbsen) treffen sich Jugendliche zu gemeinsamen Hobbies. Es kommt vor, daß Konfirmanden und Koranschüler sich gegenseitig besuchen. Gemeindegemeinschaften haben sich mit Moscheevorständen getroffen. Auf dem Kirchentag hat es in den letzten Jahren das Projekt „Begegnung zwischen Christen und Muslimen“ gegeben. Auf dem letzten Kirchentag ist auch eine „Essener Erklärung“ herausgekommen, die Juden, Christen und Muslime gemeinsam aufruft, religiöse An-



Über Verwandtschaften und Unterschiede im Glauben reden – hier in einer Moschee in

sätze für das Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen in Deutschland zu nutzen. Denn es wäre ja zu kurz gedacht, wollte man von einer multikulturellen Gesellschaft allein deswegen sprechen, weil verschiedene Kulturen und Religionen nebeneinander in einem Land leben. „Multikulturelle Gesellschaft“ ist nur dann ein gesellschaftliches Konzept, wenn das Zusammenleben bewußt auf unterschiedliche kulturelle und religiöse Ansätze ausgerichtet wird. Dazu sind selbstverständlich Absprachen nötig.

Natürlich gibt es nicht nur Beispiele von gelungenen Versuchen, über die Grenzen der Religion hinweg im Gespräch zu bleiben, sondern auch Enttäuschungen. Über die öffentliche Auseinandersetzung wegen eines Moscheebaus oder wegen Grundstücksverhandlungen war eine muslimische Gruppe so erbost, daß sie auch die Gespräche mit gutwilligen Partnern absagte. Da war eben noch nicht genügend Vertrauen aufgebaut worden. Es ist auch vorgekommen, daß eine gemeinsame Veranstaltung von Muslimen und Christen mit einem Eklat endete, weil man nicht sorgfältig genug vorbereitet hatte und mögliche Verletzungen nicht bedacht hatte (Lieder können als Affront verstanden werden...).

## „Kein Weltfriede ohne Religionsfriede“

Es ist aber möglich, das Gemeinsame im Glauben und in der durch den Glauben geprägten Lebensgestaltung in den Vordergrund zu stellen, wenn man mit den Unterschieden nur verantwortungsvoll umgeht: sie also nicht verschweigt, aber auch nicht in verletzender Weise herauskehrt. Hans Küng hat behauptet: „Kein Weltfriede ohne Religionsfriede“. Das bedeutet ja zunächst nicht, daß die Führer der Weltreligionen anstelle der UNO in neuartige Friedensverhandlungen eintreten sollten. Wichtiger ist, daß die Gläubigen verschiedener Religionen einander respektieren, offen miteinander reden und von ihren religiösen Grundlagen her zu einem guten Zusammenleben beitragen. Noch mehr tut not, daß die Friedensansätze der Religionen aktiv für das Zusammenleben eingesetzt werden. ■

\* **Heinz Klautke** war bis 1987 Pfarrer der Evangelischen Gemeinde deutscher Sprache in der Türkei, seitdem ist er Islamreferent im Kirchenamt der EKD

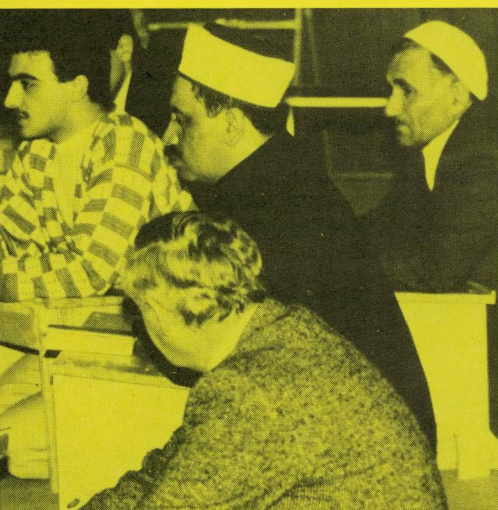
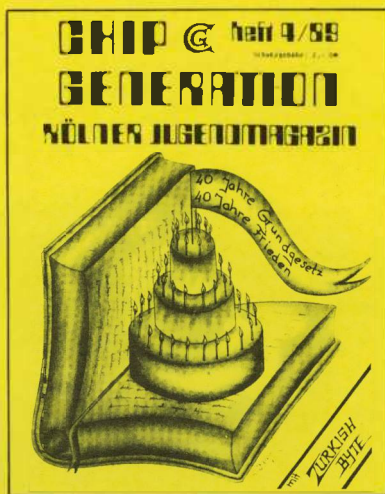


Foto: Hans Lochmann

# Miteinander aktiv gegen Fremdenhaß

## Zum Beispiel „Chip-Generation“ – ein internationaler Computerclub

Mit der Gründung eines internationalen Computerclubs reagierten 1989 türkische, italienische und deutsche Jugendliche in Köln auf die zunehmende Verbreitung neonazistischer und rassistischer Software. Da rechtsextremistische und neonazistische Gruppen, aber auch Einzelpersonen das technische Interesse von jugendlichen Computerfans ausnutzen, um über neonazistische und rassistische Spiele wie „Anti-Türken-Test“, „Hitler-Diktator“, „Hitler-Return“, „KZ-Manager“, menschenverachtende Einstellungen zu vermitteln, versuchen die Mitglieder des Clubs, dieser Entwicklung eine „demokratische Computer-Generation“ entgegenzusetzen. Der inzwischen als „Chip-Generation-Club“ neu gegründete Verein hat mittlerweile über 100 Mitglieder verschiedener Nationalitäten, – vor allem Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren. Ziel ist der „Einsatz der Compis für Völkerverständigung, Frieden, Demokratie und Umwelt“.



Der Deutsche Familien-Verband, Kreisverband Köln, ist die Dachorganisation des Chip-Generation-Clubs; er stellt die EDV-Anlagen in seinen Bildungseinrichtungen für Seminare zur Verfügung und ist Herausgeber des Magazins „Chip-Generation“.

## Chips haben keine Nationalität

Diese sehr gut gemachte Zeitschrift wird vor allem von türkischen Jugendlichen produziert (Redaktion: Suzan Ugrusoy). Chips haben keine Nationalität, sagen sie, die entscheidend an der Gründung des Clubs beteiligt waren. Die Junge Presse Köln sorgt für die journalistische

Fortbildung der RedakteurInnen und hilft bei der Finanzierung des Drucks. Die jungen TürkInnen der zweiten Emigranten-Generation, die fast alle in Deutschland geboren sind, beschäftigen sich nicht nur mit fachlichen Fragen zum Computer, sondern auch mit aktuellen gesellschaftlichen und politischen Ereignissen wie z. B. der deutschen Vereinigung, dem Golfkrieg und seinen Folgen für die im Nahen Osten lebenden Menschen, vor allem aber mit Fragen und Problemen, die sie als Kinder türkischer Eltern in der deutschen Gesellschaft beschäftigen. Im Zuge der deutschen Vereinigung veranstaltete Chip-Generation bei der Weihnachtsfeier 1990 eine Spendenaktion für Kinder aus sozial benachteiligten Familien aus Aue in der ehemaligen DDR. Nach diesem ersten Kontakt bot der Deutsche-Familien-Verband zusammen mit dem Chip-Generation-Club Jugendlichen der Stadt Aue einen Computereinführungskurs in Köln an. Daraufhin kamen fünf Jungen und Mädchen aus Sachsen nach Köln, wo sie in türkischen Familien lebten und so in der persönlichen Begegnung mehr über deren Lebenssituation erfuhren.

## Seminare und Veranstaltungen

Der Chip-Generation-Club bietet Qualifizierungskurse am Computer an, für die inzwischen schon Wartelisten eingerichtet werden müssen. Diese Kurse sind vor allem für diejenigen gedacht, die traditionell geringe oder gar keine Zugänge zu dieser Technik haben, wie z. B. Mädchen, ausländische Jugendliche, SchulabgängerInnen mit niedrigen oder schlechten Schulabschlüssen und ohne Lehrstelle. Diese sogenannten Teilqualifikationskurse werden im Rahmen des Programms für Benachteiligte vom Sozialministerium des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert und vom Deutschen Familienverband angeboten.

Inzwischen gibt es Seminare für deutsche und italienische Väter, um ihnen gemeinsam einen Einstieg in die neuen Technologien zu ermöglichen, die ihre Kinder schon längst beherrschen, und sie auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Ähnliche Kurse gibt es auch für deutsche und türkische Väter. Vielleicht werden demnächst ja auch solche Veranstaltungen für Mütter angeboten?

In Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandte Kommunikationsforschung in Bonn führt der Chip-Generation-Club auch Seminare über jugendgefährdende Software mit Jugendlichen aus anderen europäischen Ländern durch. Einen Austausch darüber gab es bisher schon mit italienischen, französischen, britischen und griechischen Jugendlichen. Bei dem im Sommer 1991 durchgeführten Seminar in Lamia/Griechenland begegneten die griechischen Jugendlichen erstmals jungen TürkInnen. Durch diesen Austausch konnten nicht nur viele Vorurteile abgebaut, sondern auch Freundschaften geschlossen werden. Im Sommer 1992 kommen die jungen GriechInnen zum Gegenbesuch nach Köln. Auch PädagogInnen aus den Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaft zeigten bereits großes Interesse an den Aktivitäten der Jugendinitiative „Chip-Generation“. ■

Kontaktadresse:

Chip-Generation-Club c/o Suzan Ugrusoy, Robertstraße 5-7, 5000 Köln 91, Tel. 0221/876070.

Aus „Wegzeichen – Initiativen gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit“ (s. a. S. 20) Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

### FAKTEN INFOS TIPS

#### Zahlen

#### Wohnen

In der Bundesrepublik wohnten im September 1990 insgesamt 5,24 Mio. Ausländer, das ergibt einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von etwa 8 % (neue Länder: 1,5 %).

Nach einer im März '92 veröffentlichten Studie der Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“ des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung steht den Deutschen im Durchschnitt mehr als doppelt soviel Wohnfläche zu Verfügung wie den Ausländern.

Ausländerquoten:

Belgien	8,9 % (1989)
Niederlande	4,3 % (1989)
Frankreich	6,8 % (1985)
Schweden	5,4 % (1989)
Schweiz	15,6 % (1989)
BRD	8,2 % (1990)

#### Arbeiten

Im Durchschnitt betrug der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Beschäftigten 1990 rund 8 %. Nach der o. g. Studie verrichten diese Arbeitnehmer knapp zwei Drittel der un- und angelernten Arbeiten in der Industrie. Während mehr als die Hälfte aller deutschen Erwerbstätigen Angestellte oder Beamte sind, beträgt der Angestelltenanteil bei Ausländern nur 9 %.

Unter den „Azubis“ in der Bundesrepublik ist nur jeder 17. ein „Nichtdeutscher“.

Bei einer insgesamten Arbeitslosenquote von 7,2 % betrug der Anteil der ausländischen Arbeitslosen 1990 rund 11 %.

In bestimmten Arbeitsbereichen ist der Anteil ausländischer Arbeitnehmer besonders hoch. Eine Studie des Düsseldorfer Sozialdezernats, die im Februar 1992 veröffentlicht wurde, ermittelte für Düsseldorf folgende Anteile:

Metallschleifer 40 %, Schweißer und Lötler 31 %, Köche 31 %, Reinigungsberufe 30 %, Tiefbauarbeiter 29 %, Bauhilfsarbeiter 28 %.

In der Kranken- und Altenpflege würde sich bei einem Wegfall der ausländischen Beschäftigten der Pflegenotstand drastisch verschärfen: Bei 27 % liegt der Anteil des ausländischen Pflegepersonals in Düsseldorf; in den dortigen Unikliniken gar bei 37 %.

#### Glauben

Mitglieder der größten Religionsgemeinschaften in Deutschland:

Evangelische Kirche: 30,5 Mio.; Röm.-katholische Kirche: 27,9 Mio.; Islamische Bewegung: 1,9 Mio.; Neupostolische Kirche: 330 000; Griech. Orthodoxe: 320 000; Zeugen Jehovas: 160 000; Serb. Orthodoxe: 150 000.



#### Bücher, Broschüren

Christiane Rajewsky / Adelheid Schmitz: „**Wegzeichen. Initiativen gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit**“.

Das Buch stellt eine Reihe von ausgewählten Initiativen und Modellen vor, mit denen junge Menschen der wachsenden Ausländerfeindlichkeit begegnen wollen. Bezug: Verein für Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen.

Claus Leggewie:

„**Multi Kulti – Spielregeln für die Vielvölkerrepublik**“. Rotbuch TB 28; 2. Aufl. 1991.

Prominente beziehen Stellung:

„**Miteinander – Was sonst? Multikulturelle Gesellschaft im Brennpunkt**“. Böhlau Verlag, Köln/Wien, 1990.

Jens Geier u. a. (Hg.):

„**Vielfalt in der Einheit. Auf dem Weg in die multikulturelle Gesellschaft**“. Schüren Presseverlag, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg, 1991.

Wolf-Dieter Just:

„**Na, immer noch da? Ausländer schildern ihre Situation in den Betrieben**. Verlag Otto Lembeck, Frankfurt/M. 1989.

Michael Mildnerberger (Hg.):

„**Kirchengemeinden und ihre muslimischen Nachbarn**“. Verlag Otto Lembeck, Frankfurt/M., 1990

Beate Winkler (Hg.):

„**Zukunftsangst Einwanderung**“. C. H. Beck Verlag, München, 1992

epd-Dokumentation Nr. 7/92:

„**Fremde brauchen Freunde**“. Eine Handreichung gegen Fremden- und Flüchtlingsfeindlichkeit. Bezug: GEP-Vertrieb, Postfach 170 361, 6000 Frankfurt/M. 90; 1992.

#### Mitmachen!

#### Video/Ton-Dia-Wettbewerb

Unter dem Motto: „Gewalt – Dem Haß keine Chance“ hat die Arbeitsgemeinschaft der

Evang. Jugend (aej) einen Wettbewerb für Videos und Ton-Dia-Shows ausgeschrieben. Mitmachen können Jugendliche aus der Offenen Jugendarbeit, aus Jugendhäusern, Offenen Türen usw.. Allerdings: Nur als Gruppe von mindestens 3 Personen. Als Gewinne winken Preise von bis zu DM 500,-. Einsendeschluß ist der 31.7.92.

Die genauen Teilnahmebedingungen gibt es bei: aej

Referat Offene Jugendarbeit  
Porschestra. 3, 7000 Stuttgart 40.



Aktion gegen Fremdenhaß in Stuttgart.

Foto: Martin Storz/graffiti

#### „Miteinander leben. Nein zu Gewalt und Rassismus.“

So lautet das Thema des diesjährigen Pfingstfestivals, das Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste vom 5.-8. Juni in Beienrode bei Königslutter veranstaltet. Das Festival ist Teil einer Kampagne gegen Gewalt und Rassismus, zu der Anfang 1992 bundesweit Jugendverbände und Organisationen aus der Antirassismusbewegung aufgerufen haben. Es wird vorbereitet und durchgeführt in Zus. arb. mit der AG SOS-Rassismus NRW, der IG-Metall-Jugend, dem Weltfriedensdienst e. V. und der Zeitschrift Ideen.

Anmeldungen schnellstmöglich an: Aktion Sühnezeichen, Inlandreferat, Jebenstr. 1, 1000 Berlin 12.

#### Antidiskriminierungsgesetz gefordert

„Rechtliche Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Ausländern“ haben die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen, sowie Ausländerbeauftragte der Länder, Städte und Gemeinden im März während einer Fachtagung in der Evang. Akademie Tutzing gefordert. In Deutschland gebe es nach wie vor „ein Stück Apartheid“, beklagte die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Barbara John. Gegen die „schleichende Entwertung von Menschen“ müsse energisch vorgegangen werden. Die Bundesrepublik habe aber auf diesem Gebiet keinerlei nationale Gesetzgebung. Gegen ethnische und verwandte Diskriminierungen bedürfe es daher völlig neuer Schutzgesetze. Außerdem forderte Barbara John rechtliche Schritte, die es den Betroffenen erleichtern, die mehrfache Staatsangehörigkeit zu erhalten. Für die Ermöglichung der Doppelstaatsangehörigkeit setzten sich auch die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Herta Däubler-Gmelin, und der Hamburger Ausländerbeauftragte Günter Apel ein. Es sei absurd, so Günter Apel, in Deutschland geborene und aufgewachsene Menschen, die keine Bindung an ihr Heimatland hätten und dessen Sprache nicht beherrschten, als Ausländer zu betrachten.

Ein Wahlrecht für Einwanderer forderten in einem gemeinsamen Aufruf im März zahlreiche Verbände der Ausländerarbeit. Das Wahlrecht sei eines der elementarsten Rechte des Menschen in der demokratischen Gesellschaft, so der Aufruf, der u. a. auch von Manfred Stolpe (SPD), Oskar Lafontaine (SPD) und Joschka Fischer (Grüne) unterzeichnet wurde.

Für Ausländer aus EG-Staaten hat inzwischen auch CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble das kommunale Wahlrecht befürwortet. Noch 1990 hatte das Bundesverfassungsgericht das kommunale Wahlrecht für Ausländer als verfassungswidrig bezeichnet.

#### „Er soll wohnen wie ein Einheimischer unter Euch...“

„Die unmenschliche Behandlung von Fremden im eigenen Land ist gegen Gottes Gebot.“

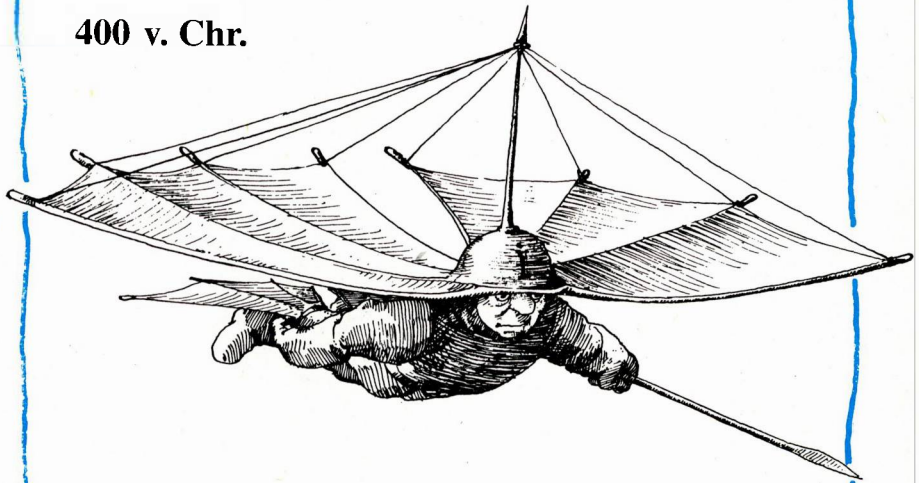
„**Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Land, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland. Ich bin der Herr, euer Gott.**“ (3. Moses 19, 33-34) Die von „Dienste in Übersee“ nach Asien, Afrika und Lateinamerika vermittelten Fachleute, Entwicklungshelfer und Entwicklungshelferinnen erleben die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland als krassen Gegensatz zur Herzlichkeit, die ihnen in ihren Gastländern entgegengebracht wird. Das Zusammenleben mit Menschen anderer Kultur erleben sie als Bereicherung, nicht als Verarmung oder Bedrohung.“

Aus der Erklärung der 57. Mitgliederversammlung von „Dienste in Übersee“, Nov. 1991.

## Endgültiges Aus für „Jäger 90“?

Als rüstungshistorische Sensation gilt unter Experten die erst kürzlich erfolgte Entdeckung der hier abgebildeten Skizzen. Wie soeben aus dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages verlautete, ergab die militärtechnische Auswertung der alten Handschrift völlig neue Gesichtspunkte im Hinblick auf eine kostengünstige Alternative zum umstrittenen „Jäger-90“-Projekt:

400 v. Chr.



### Ikarier

Der von Appolodorus Mythographus überlieferte Fluchtbericht von Daidalos und Ikarus aus dem Labyrinth von Knossos fand, trotz des tragischen Ausgangs beim Jungfernflug, viele Nachahmer in der damaligen Rüstungsindustrie. Die wesentlich verbesserten Schirmhelme F 104 galten jedoch beim fliegenden Personal als außerordentlich risikoreich.



Abdruck mit freundlicher Genehmigung aus:  
Kurt Halbritter: „Halbritters Waffenarsenal – Ein nützlicher Lehrgang durch die geheimen Waffenkammern der Geschichte“, Goldmann Verlag, 1986.

## Bahn-Radeln

Von Thomas Seidelmann

Radfahren ist „in“, weite Reisen auch. Wie aber transportiert man sein Velo an ferne Ziele? Mit dem Auto? Njet. Das ideale, weil umweltfreundliche Transportmittel für das Fahrrad ist die Bahn. Eine Reise, die die Beförderung des Rades im Zug beinhaltet, muß aber genau geplant sein, sonst wird die Tour schnell zur Tortur. Im folgenden gibt's deshalb einige Tips zum Fahrrad-Transport mit der Bahn:

Unter dem Motto „Bahn- und Radfahren – der Umwelt und der Gesundheit zuliebe“ entstand in Zusammenarbeit von Deutscher Bundesbahn und ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) ein Radtouren-Programm, das sich in erster Linie an Familien und an Freizeitradler richtet, die sich wohl eher nach dem Grundsatz „Der Weg ist das Ziel“ fortbewegen.

Die einzelnen Touren führen auf überwiegend ruhigen Wegen durch reizvolle Landschaften, an bau- und kunsthistorischen Sehenswürdigkeiten vorbei: „Wasserratten“, die sich während der Reise Kühlung verschaffen wollen, finden auf einigen Strecken auch Bademöglichkeiten vor.

Das Programm der Bundesbahn gibt's kostenlos an jedem Fahrkartenschalter. Im Info-Blatt erhält man detaillierte Auskunft über Zugfahrpläne, Tourverlauf, Streckenmerkmale, Höhenunterschiede sowie Angaben zu den stark ermäßigten Pauschalpreisen (inklusive Velo-Transport).

Wer sein eigenes Rad lieber in der heimischen Garage läßt, kann sich an einem der 250 Bahnhöfe der Bundesbahn bedienen, die zwischen April und Oktober den Service „Fahrrad am Bahnhof“ anbieten. In der gleichnamigen Broschüre (gibt's an jeder Fahrkartenausgabe) findet man nebst Übersichtskarten und Listen der Vermietbahnhöfe auch Tourenvorschläge und allgemeine Mietbedingungen. Und so funktioniert's: Am Vermietbahnhof wird gegen Vorlage des Personalausweises und eventuell der Fahrkarte (Bahnfahrer zahlen weniger) ein Mietvertrag abgeschlossen.

Was kostet der Radel-Spaß? Für ein Fahrrad ohne Schaltung ca. DM 6.– pro Tag, mit Dreigang-Nabenschaltung ca. DM 8.–. Ohne Fahrchein kostet's 10.– bzw. 12 Märker. Im Preis enthalten ist eine Versicherung gegen Verlust oder Beschädigung des Fahrrades durch Dritte. Doch keine Bange, an derartige Bundesbahn-Hardware macht sich kaum jemand in unlauterer Absicht heran – das ist der Vorteil des schweren Geräts ...



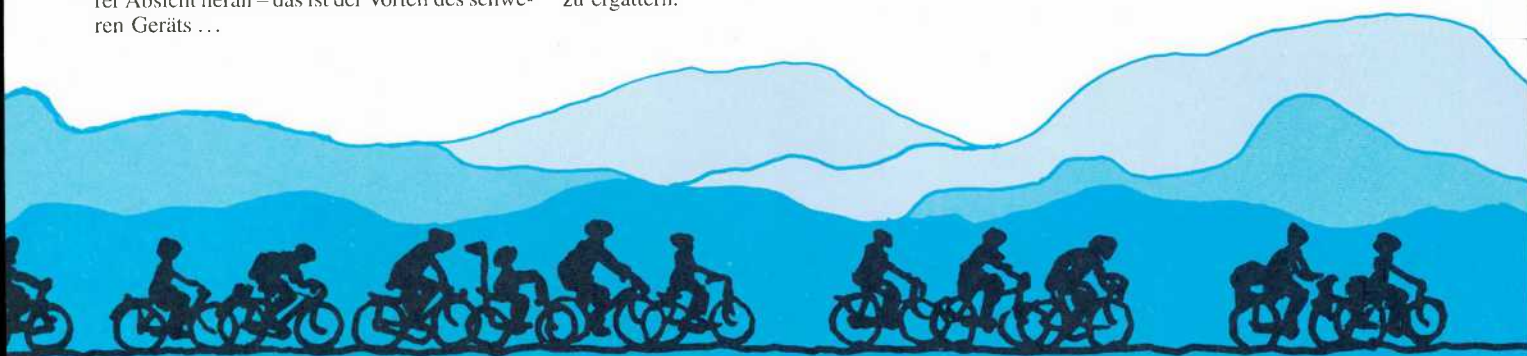
Wenn genügend Platz ist, dürfen Fahrräder auch im Eilzug mitgenommen werden, aber...

Ganz wichtig: Die Öffnungszeiten der Vermietbahnhöfe sollten vorher erfragt werden, da sie zwischen 5.30-20.00 Uhr und 8.00-12.00 Uhr schwanken! Die Fahrrad-Rückgabe erfolgt in der Regel am Vermietbahnhof. Wer zu spät kommt, der muß als Säumnisgebühr einen Extra-Obulus an die Bahn entrichten.

Zu beachten: Der Service „Fahrrad am Bahnhof“ wird bislang nur im Gebiet der alten Bundesrepublik durchgeführt. Lediglich in Berlin besteht die Möglichkeit, einen Bahn-Drahtesel zu ergattern.

### Fahrrad-Mitnahme im Zug

Ob man nun auf eigene Faust reisen oder aber ein von Bahn/ADFC angebotenes Programm in Anspruch nehmen will, wichtig sind in jedem Fall die „Spielregeln“, die für die Fahrrad-Mitnahme in Zügen gelten. Wer nicht von energischen Schaffnern samt Velo aus dem Zug verbannt werden möchte, der sollte folgendes beachten: Innerhalb Deutschlands ist die Mitnahme von Fahrrädern erlaubt



# UNTERWEGS



Räder dürfen die Fahrgäste nicht „belästigen“ oder „behindern“.



... ein Beförderungsanspruch besteht nicht!

a) in Gepäckwagen/Gepäckabteilen von mit dem Fahrradsymbol gekennzeichneten Zügen (deren Zahl im letzten Jahr auf nun nur noch 217 „wegrationalisiert“ wurde). Erwähnenswert ist hierbei, daß der Reisende die Tätigkeit des Ein-, Um- und Ausladens selber übernehmen muß. Reisegruppen mit Fahrrädern können nur Züge mit Gepäckwagen benutzen. Zuvor ist aber die rechtzeitige Anmeldung bei einer Fahrkartenausgabe unbedingt erforderlich! Nähere Auskünfte erhält man an jedem Info-Schalter der Bahn sowie in allen Reisebüros.  
b) nach Entrichten eines bestimmten Zuschlags in S-Bahnen sowie den meisten U- und



Besser wäre es bei Auslandsreisen, die Räder gut verpackt aufzugeben.

Fotos: W. Schulz

Trambahnen. Einschränkungen oder gar Mitnahmeverbote bestehen (leider!) oftmals während der Stoßzeiten. Zumeist sind keine abgegrenzten Fahrrad-Abteile vorhanden, so daß das Bike (auch das nasse, dreckverschmierte) im Fahrgastraum mitgeführt werden muß – Konflikte sind da wohl vorprogrammiert.

c) in Nahverkehrs- und Eilzügen, falls im Einstiegsraum genügend Platz vorhanden ist. Wie in S- und U-Bahnen auch, muß das Fahrrad während der ganzen Fahrt festgehalten werden und darf andere Mitreisende nicht belästigen(!) oder behindern.

Leider hat die ganze Transport-Chose in den Fällen b) und c) einen weiteren Haken: Ein Beförderungsanspruch für Fahrräder besteht nicht! Ein Radler ist demnach mehr oder weniger auf das Wohlwollen des Bahnpersonals angewiesen.

d) versuchsweise nun auch in Interregio-Zügen. Bis zum Fahrplanwechsel am 31. Mai werden 24 Wagen mit besonderem Radabteil zur Verfügung stehen.

## Grenzüberschreitende Fahrradmitnahme:

Wer eine Fahrrad-Reise ins Ausland plant, der sollte wissen, daß die Selbstverladung des Velos nicht möglich ist! Der fahrbare Untersatz muß also vorher als Reisegepäck aufgegeben werden. Nachteil: Die Räder erreichen – wenn

überhaupt – oft erst nach sehr langer Zeit den Bestimmungsort. Und das nicht selten in erbärmlichem Zustand: Bremsgriffe verbogen, Felge kaputt, Lack zerkratzt. Vor solchen Beschädigungen schützt man sein Bike am besten durch Fahrrad-Kartons, wie sie Radhändler im Überfluß haben.

Zu empfehlen sind auch Reisegepäck-Versicherungen, die – je nach Versicherungs-Summe zu unterschiedlichen Preisen – bei der DB abgeschlossen werden können. Kommt das Fahrrad deformiert am Reiseziel an, so hilft das Wissen um eine zahlende Versicherung wenigstens über den größten Schmerz hinweg... Kleiner Trick: Man kann das Rad auch im Gepäckwagen mitnehmen, vor der Grenze aussteigen und den Schlagbaum radelnd passieren – wenn man etwas Glück hat, läßt der nächste Zug mit Gepäckwagen dann nicht allzu lange auf sich warten... Die aktuellen Beförderungsbestimmungen der europäischen Länder kann man im äußerst lesenswerten VCS-Büchlein „Mit Velo und Rad durch Europa“ nachschlagen. Zu beziehen ist das Werk über den VCS, Postfach, CH-3360 Herzogenbuchsee. Preis: s. S. 29.

Auslandskursbücher erhält man bei der Kursbuchstelle der DB, Postfach 15 69, 6500 Mainz, bei der privaten Auslandskursbuchzentrale Karl E. Weisser, Höhenweg 18, 5300 Bonn I oder bei der deutschen Niederlassung der jeweiligen Bahngesellschaft.

Zum Schluß noch ein Tip zu Radtouren-Kartenmaterial: Hervorragend eignen sich Michelin-Karten (Maßstab 1:250 000), die es für fast alle gängigen Reiseziele gibt. Zu empfehlen sind auch Karten von freitag & bernd, von Kompass, Mairs Geographischer Verlag sowie die des ADFC (auf Deutschland begrenzt). ■





„Nicht von Zwiebeln erzählen, wenn nach Knoblauch gefragt ist.“

## Johan Amos Komensky – genannt COMENIUS

Theologe, Pädagoge, „Friedensfanatiker“ (1592–1670)

Von Günter Knebel

„Die Welt ist nicht einfach das unveränderlich Gegebene, dem der Mensch sich anzupassen habe, sondern das Handlungsfeld des Menschen, in dem das Menschliche noch aussteht, das den Menschen provoziert, die unmenschlichen Zustände in Richtung auf das Menschliche zu verändern.“

Mit diesem Satz wurde vor 20 Jahren das Erziehungsverständnis des böhmischen Theologen und Lehrers Jan Amos Komensky auf einen kurzen Nenner gebracht. Damals wurde des 300. Todestages dieses großen Reformpädagogen gedacht. In diesem Jahr wird sein 400. Geburtstag (28. März) gefeiert: Mit universitären Fachtagungen, Schriften und Gedenkfeiern für Spezialisten, mit einigen Fernsehsendungen und Zeitungsartikeln für das breitere Publikum, sowie es Interesse dafür hat. Wieso sollte es? Wer war dieser Comenius? Was hat er getan, daß mensch sich seiner heute erinnern sollte?

Er hat vorbildlich gelernt, gelehrt, geschrieben und gelebt, wie die Menschen eigentlich miteinander umgehen sollten. Daß sein Name – auch wenn er Institute schmückt – heute weithin unbekannt ist, zeigt, daß seine Vorstellung von einem friedlichen Miteinander von Menschen ein vordenkerisches Minderheitsvotum geblieben ist. Gut entwickelt hat sich demgegenüber das militärpolitische Machtstreben, das Comenius mit wirtschaftlichen Zielen verbunden sah: „Wenn aber die Ursache des so gräßlichen Krieges der Wettstreit und das Bestreben sind, sich gegenseitig die Märkte sowie



Abbildungen aus dem vom Comenius 1654 verfaßten Unterrichtsbuch „Die sichtbare Welt“.

den Gewinn zu entreißen, so ist umso größere Schmach und Schuld, daß die christlichen Völker, die doch in Sitten, Weisheit und Religion so fein ausgebildet sind, so schonungslos um der Dinge des irdischen Lebens willen ringen!“ hält er im Mai 1667 in einer Friedensdenkschrift „erlauchten Gesandten der Könige und der Staaten“ vor.

### „Um des Friedens willen auf sein eigenes Recht verzichten“

Für Comenius ist die Botschaft Jesu Christi eindeutig: „Ist es etwa schön, daß die Christen weiser als Christus sein wollen, indem sie wider dem Gebot das Unkraut mit Gewalt auszujäten versuchen? Und mit welchem Erfolg? Die Beispiele zeigen es!“ Aber: Wem zeigen sie etwas? Den Kriegsgewinnlern offenbar damals wie heute das Gleiche: Die vermeintliche Notwendigkeit noch wirkungsvollerer Waffen. Dagegen setzt Comenius „sichere Wege zum Frieden: Vergessen erlittener Unbilden, Versöhnung, größte Freimütigkeit, Mäßigung“ und – nötigenfalls – „um des Friedens willen auf sein eigenes Recht zu verzichten.“ War Comenius, selbst mehrfach Opfer von Kriegshandlungen seiner Zeit, weltfremd? Wohl kaum. Die geistigen Abwege, die Unfrieden und Haß stiften, der soweit führen kann, daß „sogar Christus am Kreuz samt seiner Friedensstiftung von den Christen selbst bespuckt wird“, waren ihm durchaus bekannt: „Gottlosigkeit, Habgier, Begierde, Neid, Hass, Unversöhnlichkeit, Anmassung, Rachgier und Übermut“ sowie die weithin verbreitete scheinbar vernünftige Rechtsauffassung „wer sein Recht zu behaupten sucht, tut niemandem Unrecht.“

Muß, wer so denkt, redet und sogar schreibt, nicht ein realitätsferner Idealist sein? Comenius, der mit 22 Jahren Schulleiter wurde und mit 30 ein bedeutender Autor und weithin bekannter Theologe war, galt schon bei einigen seiner Zeitgenossen als ein schwärmerischer Friedensfanatiker, der die Realitäten der Welt nicht wahrnehmen wollte. Aber liegt nicht eine gegenteilige Schlußfolgerung viel näher: Gerade weil er die schlimme Wahrheit kannte, drängte es ihn, sie zu verändern. Er hatte das Glück, gute Freunde zu haben, die ihn darin unterstützten. Des-

halb konnte er in Mähren, Böhmen, deutschen Landen (Herborn und Heidelberg), Polen, Holland, England und Schweden, und zuletzt wieder in Holland (Amsterdam) wirken.

### Die Schulen – „Folterstätten des Geistes“

Daß seine pädagogischen Lehren seinerzeit und bis heute nicht die größte Verbreitung fanden, ist weder ihm, noch den Lehrern anzulasten: Es ist das bekannte Schicksal kritischer, querdenkerischer Positionen, solange sie mächtigen Interessen zuwiderlaufen. Dennoch gaben und geben sie wichtige Impulse: Welche Schüler (und Lehrer) träumen nicht von Schulen, in denen „alle, alles, allseitig“ lernen? Und dies ausdrücklich nicht nur ohne Zwang, sondern sogar spielend?! Diese pädagogische Vision war seine Antwort auf die „Folterstätten des Geistes“, als die er die Schulen seiner Zeit ansah. Das Vermitteln von ganzheitlichem Sachwissen (C. verfaßte 1654 als Erster ein beheldertes Unterrichtswerk über „Die sichtbare Welt“) bezog sich keineswegs nur auf das Lernen in der Schule, sondern setzte schon im Mutterleib und im Elternhaus an, „im zartesten Kindesalter“. Die „Fundamente für Frömmigkeit, Sittlichkeit und Wissenschaftlichkeiten“ werden – so Comenius 1629 in seiner Ausarbeitung „Mutter-schule zur fürsorglichen Erziehung der Jugend“ – in den ersten sechs Lebensjahren gelegt. Mit diesem Alter sollen Jungen und Mädchen u. a. „die Anfangsgründe der Dialektik beherrschen“ d. h. „sie dürfen nicht von Zwiebeln erzählen, wenn man sie nach Knoblauch gefragt hat.“ Welches Alter würde demnach Comenius heute wohl so manchem Politiker zuordnen?

Die Fülle seiner theologischen und pädagogischen Arbeiten läßt sich hier nicht aufzählen, noch weniger die zahlreichen Arbeiten über ihn und sein Wirken. Auch als Bischof der „Gemeinde der böhmischen Brüder“ (Brüderunität), einer evangelischen Minderheitskirche, die zeitweilig vom katholischen Herrscherhaus Habsburg verboten war und stets um ihre Anerkennung kämpfen mußte, leistete Comenius Hervorragendes. An der Mauer der alten „Hohen Schule“ in Herborn, wo er von Mai 1611 bis Juni 1613 studierte, befindet sich ein Relief zur Erinnerung an Comenius. In drei Sprachen (Deutsch, Latein, Tschechisch) ist der Satz zitiert, der das Ziel seines Schaffens zusammenfaßt: „Wer als Mensch geboren ist, soll wie ein Mensch zu leben lernen.“

Zum Weiterlesen:

rororo-Monographie 466: Veit-Jakobus Dieterich, Johan Amos Comenius, Reinbek 1991 (158 Seiten, Preis s. S. 29)

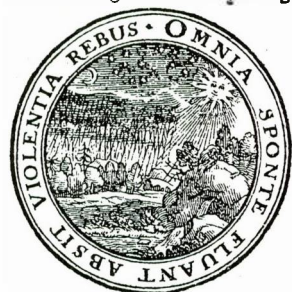
Reader: Comenius 1592–1992, Literaturhinweise und Texte (116 Seiten), hrsg. vom Comenius-Institut = Evang. Arbeitsstätte für Erziehungswissenschaft, Schreiberstraße 12, 4400 Münster

### JOH. AMOS COMENII, ORBIS SENSUALIUM PICTUS.

Hoc est, Omnium fundamentalium in Mundo Rerum & in Vita Actionum Pictura & Nomenclatura.

### Die sichtbare Welt /

Das ist / Aller vornehmsten Welt-Dinge und Erens-Berichtungen Vorbildung und Benahmung.



NORIBERGAE, Typis & Sumptibus MICHAELIS ENDTERI. Anno Salutis clo. lxxviii.



## FILM

### Der unbequeme Weg Geschichten totaler KDVer

Film von Michael Enger  
1987–91, 99 Min.

Vertrieb und Verleih der Videofassung: Michael Enger, Video und Film Produktion, Gustav-Falke-Str. 2, 2000 Hamburg 13

Besprochen von Friedhelm Schneider, Speyer

Wie ist die nur amtlich bescheinigte Anerkennung als KDVer zu beurteilen, solange ich als Zivi für den Erhalt der Wehrpflicht in Anspruch genommen werde, darüber hinaus in die Zivilverteidigung eingeplant bin und schließlich als Steuerbürger für militärische Belange (wie etwa die Finanzierung des Golfkriegs) herhalten muß? Wo sich nach der ersten Erleichterung, als anerkannter KDVer nicht beim Bund dienen zu müssen, zwiespältige Gefühle einstellen, gerät regelmäßig die Frage nach der Totalverweigerung ins Blickfeld – ein Thema, das übrigens immer wieder auch auf kirchlichen ZDL-Werkwochen beim Gedankenaustausch der Teilnehmer zur Sprache kommt.

Um „Geschichten totaler KDVer“ geht es in Michael Engers Film „Der unbequeme Weg“. Von 1987 bis 1991 hat der Autor Entwicklungen und Ereignisse im Bereich der Totalverweigerung mit der Kamera verfolgt. In seiner Studie werden Stationen aus der persönlichen Lebens- und Denkgeschichte von Totalverweigerern festgehalten und eindrücklich um Momentaufnahmen aus dem Umfeld der juristischen Verfahrensabwicklung und behördlichen Strafverfolgung ergänzt. Einen breiten Raum nehmen Interviews mit den betroffenen Verweigerern ein – im Gerichtsflur, im Gefängnis, auf der Flucht vor drohender Verhaftung, während einer ungewissen Atempause bis zur Revisionsverhandlung, bei Öffentlichkeitsaktionen... Insgesamt kommen etwa ein Dutzend totale KDVer aus West- und Ostdeutschland zu Wort. Ihre Aussagen sind filmisch wirkungsvoll kontrastiert mit eingblendeten Kurzausschnitten aus Wochenschauen der Fünfziger Jahre und Filmspots, die Szenen aus der militärischen Ausbildung zeigen.

Stellvertretend für weitere Lebensläufe und Denkansätze seien zwei KDVer genannt, auf deren Biographie der Film u. a. immer wieder zurückkommt:

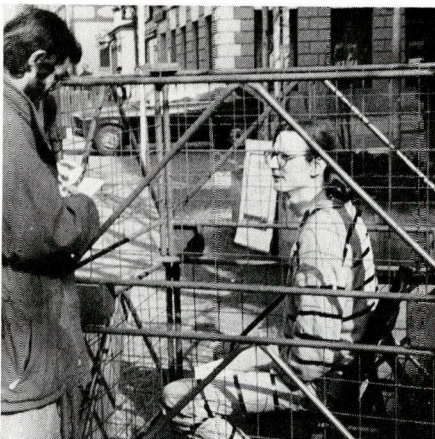
Da ist zum eine Udo Meven, seit 1982 in drei Verhandlungen als KDVer abgelehnt, danach zur Bundeswehr einberufen und als Deserteur verfolgt. Nach mehrmaligem Untertauchen wird er 1989 festgenommen und nach 8 Wochen U-Haft zu 9 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Die Berufungsverhandlung steht noch aus. Udos Großvater war im Zweiten Weltkrieg wegen Verweigerung erschossen worden. Sein Enkel, als gewaltfreier Gefangener von amnesty international unterstützt, gibt im Untersuchungsgefängnis Auskunft über sein Denken: „Die Entscheidung, den Kriegsdienst zu verweigern, betrachte ich unabhängig von der Frage, ob ich jetzt in den Knast gehe. Die Frage müßte eigentlich heißen: Verlasse ich dieses Land – emigriere ich, gebe ich meine sozialen Kontakte auf, meine Existenz hier und geh' ins Ausland – oder aber bleibe ich hier, versuche, auch aus dem Knast heraus diese sozialen Kontakte aufrecht zu erhalten und dann auch politisch aktiv zu werden...?“ Sich ins Ausland abzusetzen, würde für Udo bedeuten, seine persönliche und politische Identität zu verlieren.



„Berlin begrüßt den 50 000sten Kriegsdienstflüchtling“ Totalverweigerer Gerhard Scherer während einer symbolischen Aktion am Rande des Evang. Kirchentages im Juni 1989 in Berlin. Foto: Stephan Philipp

„Ich verweigere jeden Kriegsdienst“, sagt von sich auch der Musiklehrer Gerhard Scherer. Er hat aus Gewissensgründen den Zivildienst abgebrochen, nachdem er ihn als „milden“ oder „mittelbaren“ Kriegsdienst erkannt hatte. Vor der bevorstehenden Haftstrafe ist Gerhard Scherer nach Berlin geflohen – zu einem Zeitpunkt, als der entmilitarisierte Status dort noch in Kraft war. Im Januar 1990 muß er sich auch in Berlin verstecken, weil er an den westdeutschen Strafvollzug ausgeliefert werden soll. Das friedenspolitische Asyl, das Gerhard bei der Alternativen Liste im Rathaus Schöneberg gefunden hat, wird im März 1990 mit Polizeigewalt beendet, der Totalverweigerer wird per Flugzeug aus Berlin abgeschoben und in die Justizvollzugsanstalt Rottenburg überführt. Dort erreicht ihn die erneute Einberufung zum Zivildienst. Um nicht wie die anderen Gefangenen für Daimler-Benz Blinker montieren zu müssen, hat Gerhard Scherer einen monatlichen Haftkostenbeitrag von 586,82 DM zu zahlen. Nach seiner Haftentlassung werden ihm darüber hinaus 7 200 DM für den Sondertransport ins Gefängnis berechnet. – Gerhard Scherer über die gedanklichen Grundlagen seiner Haltung: „Uns ist eine Art Lebensfreundlichkeit abverlangt, weil sich das Leben uns gegenüber grundsätzlich freundlich verhält. Wir müssen uns einerseits verweigern, andererseits widersetzen und eben an dritter Stelle nie vergessen, das, was wir wollen, aufzubauen.“

Auf einer Veranstaltung, an der sich auch Totalverweigerer beteiligen, sagt der Schriftsteller Gerhard Zwerenz (11/89): „Bei uns in der Bundesrepublik sind die Totalverweigerer..



Hinter Gittern: Protestaktion gegen die Inhaftierung von Totalverweigerern.

Foto: Axel Gülthe

fast so etwas wie wir, die Deserteure des Zweiten Weltkriegs. Sie haben die Öffentlichkeit gegen sich, sie haben den Staat gegen sich, sie haben die Justiz gegen sich, es gibt unglaubliche Schicksale.“

Eine überzeugende Leistung von Michael Engers Film besteht darin, daß er einige dieser „unglaublichen Schicksale“ anschaulich macht und Betroffenheit weckt für die weitreichende Diskriminierung von totalen KDVer – besonders in der Rechtsprechung und Strafverfolgung: Da werden Gewissensgründe als solche nicht zur Kenntnis genommen, das Doppelstrafungsverbot des Grundgesetzes scheint außer Kraft gesetzt, die sonst bei guter Führung übliche vorzeitige Haftentlassung wird verwehrt – ganz so, als sei es das „Erziehungsziel“, Menschen im Blick auf ihre Gewissensentscheidung umzukrempeln...

Es gehört zur Konzeption des Films, daß er Motive, Denk- und Argumentationsmuster von Totalverweigerern zum Ausdruck bringt, ohne sie zu relativieren oder kritisch in Frage zu stellen. Ist der Zivildienst wirklich im wesentlichen ein waffenloser Kriegsdienst? Wie ist die Totalverweigerung unter dem Gesichtspunkt einer politischen und persönlichen Kosten-Nutzen-Analyse zu beurteilen? Hier bleibt es Aufgabe der Zuschauer, für sich selbst weitergehende Klärungen vorzunehmen. „Der unbequeme Weg“ bietet dazu einen guten Diskussionsanlaß.

Zwei kritische Anmerkungen bleiben nachzutragen: Als inhaltliches Defizit des Films habe ich es empfunden, daß der § 15 a ZDG völlig unerwähnt bleibt. Immerhin wird hier anerkannten KDVer, die aus Gewissensgründen gehindert sind, Zivildienst zu leisten, die Möglichkeit eines freien Arbeitsverhältnisses außerhalb des Zivildienstes eingeräumt. Daß diese Bestimmung in der bisherigen Rechtspraxis ausschließlich Zeugen Jehovas zugebilligt wurde, bedarf dringend der Korrektur...

– Insgesamt hätte nach meinem Eindruck der (fast 100minütige) Film durch eine straffere Auswahl aus der Fülle des zusammengetragenen Materials an Klarheit noch gewonnen. Dieser Beobachtung entspricht die Information, daß neben der Gesamtversion soeben eine 60-Minuten-Fassung des Films neu in den Verleih gekommen ist.

#### Ann. d. Red.:

Einen ausführlichen Bericht über den Verlauf einer Gerichtsverhandlung gegen einen Totalverweigerer veröffentlichte wub in Nr. 4/90. Das Heft kann gegen DM 2,- in Briefmarken bei der Redaktion angefordert werden.

## Seminare, Begegnungen, Workcamps

### SCI

„Urlaub – einmal anders“, das ist das Motto, nach dem Service Civil International e. V. (SCI) internationale work- und Studiencamps durchführt. Das SCI-Sommerprogramm umfaßt über 500 Angebote in West- und Osteuropa, Nordamerika, Afrika und Asien. Das SCI-Programm kann gegen DM 3,50.- in Briefmarken angefordert werden bei: Bundesgeschäftsstelle SCI, Blücher Str. 14, 5300 Bonn 1, oder: SCI Reutlingen e. V., Museumstr. 7, 7410 Reutlingen

### FBF

Zahlreiche Seminare und Bildungsveranstaltungen zu den Themen Frieden, Gewaltfreiheit, Gerechtigkeit, bietet das „Fränkische Bildungswerk für Friedensarbeit e. V.“ in seinem neuen Programm. In den Sommermonaten wird es außerdem wieder einige internationale Begegnungsseminare in Südfrankreich (Le cun du Larzac) sowie Radtouren nach Thüringen und Prag geben. Das ausführliche Programmheft kann angefordert werden bei: Fränk. Bildungswerk für Friedensarbeit (FBF), Kaulbachstr. 22, 8500 Nürnberg 10, Tel: 09 11 / 36 26 33

### cfd

Zusammen arbeiten – an einem politischen oder sozialen Projekt – und dabei Menschen kennenlernen, aus verschiedenen Ländern, mit unterschiedlichen Konfessionen, Lebensgewohnheiten... das sind auch die Ziele der Workcamps, die der „Christliche Friedensdienst“ (cfd) im In- und Ausland organisiert. Kontakt: cfd, Christlicher Friedensdienst, Rendelerstraße 9-11, 6000 Frankfurt 60

## HDV-International

### KSZE-Staaten

Einen gemeinsamen Appell an die 4. KSZE-Folgekonferenz in Helsinki haben das Europäische Büro für KDV (EBCO) und die Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer (EAK) veröffentlicht. In dem Aufruf werden die KSZE-Teilnehmerstaaten aufgefordert, gesetzliche Regelungen für KDVer in allen Mitgliedsstaaten zu schaffen und das Recht auf Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen



Urlaub – einmal anders: Arbeiten in sinnvollen Projekten, Menschen aus vielen Ländern kennenlernen.

Foto: SCI

in der europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verankern. Der Appell wurde bereits von zahlreichen Organisationen und Friedensgruppen aus dem In- und Ausland unterzeichnet. Unterstützt hat den Aufruf auch die „Helsinki-Citizens-Assembly“, eine internationale Konferenz hauptsächlich nicht-staatlicher Organisationen und Bürgerbewegungen, die mit ca. 700 Teilnehmern im März in Bratislava stattfand. Der vollständige Text des Appells kann in englischer und deutscher Sprache bei der wub-Redaktion bestellt werden (DM 0,60 in Briefmarken, Adresse s. S. 2).

### Schweden

In einer „Do it yourself“-Abrüstungsaktion hat der schwedische Wehrpflichtige Magnus Eklund am 8.1.1992 sein automatisches Ak4-Gewehr mit einem Hammer „abgerüstet“. Seinen Offizieren erklärte er anschließend, daß er hinfert jeden weiteren Dienst innerhalb der Pioniertruppen verweigere und bedingungsloser KDVer sei. Zunächst wurde der Wehrpflichtige in der Kaserne arrestiert und dann an die zivile Polizei übergeben. Inzwischen ist er zuhause. Über seine Tat sagte er selbst: „Ich möchte meine eigene Verflechtung in die Gewalt beenden und meinen Mitsoldaten zeigen, daß es Wehrpflichtige gibt, die den Militarismus nicht akzeptieren“.

### Bolivien: Kokabauern verweigern Wehrdienst

Die Kokabauern der bolivianischen Provinz Cochabamba wollen aus Protest gegen Militäreinsätze bei der Drogenbekämpfung den Wehrdienst verweigern. Wie ihr Sprecher Evo Morales am 21. Januar in La Paz ankündigte, werden die männlichen Mitglieder der Bauern-

familien den Einberufungsbefehlen so lange nicht Folge leisten, bis die Regierung das mit den USA geschlossene Abkommen über die Entsendung von Truppen in die Korkaregionen rückgängig macht.

### Iran

Für umgerechnet 27000 Mark können sich diejenigen Wehrpflichtigen Iraner vom Militärdienst freikaufen, die länger als 3 Jahre im Ausland leben. Dies erklärte der für die Wehrpflichtigen zuständige General der iranischen Armee im März.

### Spanien

Den ersten Freispruch für Totalverweigerung in Spanien erreichte im März 92 der KDVer Inaki Arredondo Garcia. Der 23jährige Christ hatte sich geweigert, den Zivildienst anzutreten. Gegenüber der Zivildienstbehörde erklärte er, der Zivildienst reproduziere die militäristischen Strukturen der Armee. Die billige Arbeit der Zivildienstleistenden werde nur deshalb gebraucht, weil die Finanzpolitik den militäristischen Ausgaben Vorrang vor den sozialen gäbe. Tatsächlich schaffe der Zivildienst so Arbeitslose in den sozialen Berufen. Hierbei mitzuwirken könne er vor seinem Gewissen nicht verantworten. Während die ZD-Behörde die Gewissensgründe des Verweigerers nicht gelten ließ und die Sache zur Entscheidung an das Gericht übergab, stimmte dort der zuständige Richter den Argumenten des Wehrpflichtigen zu. In der Begründung des Freispruchs erklärte der Richter, die persönliche Würde stehe über den Verwaltungsnormen. Die Nichterfüllung der Pflicht (zum ZD) sei als einziger Ausweg erschienen, eine Verletzung der Würde des Angeklagten zu vermeiden. Scharf kritisiert wurde dieser Freispruch u. a. vom spanischen Justizminister.

Wenn dieses Urteil Schule mache, so die abenteuerliche Argumentation seiner Kritik, dann könne eines Tages auch der terroristische Mord an Kindern mit dem Verweis auf das Gewissen der Terroristen gerechtfertigt werden und straffrei bleiben.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Freispruch bereits Berufung eingelegt. Die vom Gesetz vorgesehene Mindeststrafe für Totalverweigerer beträgt in Spanien zwei Jahre und vier Monate Knast. Dennoch warten bereits 2000 „Insumos“, wie die totalen KDVer in Spanien genannt werden, auf ihren Prozeß. In Spanien gab es im vergangenen Jahr insgesamt 20857 KDV-Anträge. Derzeit wird ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, nachdem der Ersatzdienst von 18 auf 13 Monate verkürzt werden soll. Die Militärdienstzeit beträgt 12 Monate.

### Schweiz

Zum dritten Mal findet am 17. Mai 1992 in der Schweiz eine Volksabstimmung über die Einführung eines Zivildienstes für KDVer statt. Diesmal, so die Einschätzung schweizerischer KDV-Berater, wird die Abstimmung „ohne nennenswerte Opposition über die Bühne gehen“. Wenn die Abstimmungsvorlage angenommen wird und es zu einer Verfassungsänderung kommt (Text: „Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.“), ist damit allerdings noch nichts über die Ausgestaltung des Zivildienstes entschieden.

### Österreich

Nach dem Wegfall der Gewissensprüfung für KDVer in Österreich (seit 1.1.1992) ist die Zahl der KDV-Anträge sprunghaft gestiegen. Wenn dieser Trend anhalte, so die Hochrechnung aus dem Verteidigungsministerium, müsse damit rechnen, daß in diesem Jahr 38 % der Wehrpflichtigen einen KDV-Antrag stellen werden.

### Bundesrepublik

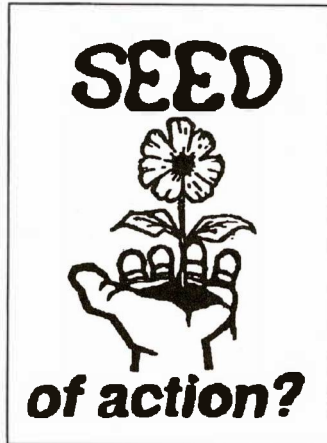
Im ersten Strafverfahren gegen einen KDVer seit 1945 im ehemals entmilitarisierten Berlin wurde im April ein 24jähriger Totalverweigerer zu einer Freiheitsstrafe von 4 Monaten auf Bewährung verurteilt. Der ehemalige DDR-Bürger begründete vor Gericht seine Verweigerung mit Gewissensgründen. Schon in der DDR habe er sich dem Wehrunterricht verweigert und dadurch Nachteile zu erdulden gehabt.

## Parallel zum „Erdgipfel“: Festival in Freiburg

Wenn sich die Staatschefs der meisten Länder der Welt vom 1. bis 12. Juni in Rio de Janeiro zur Umwelt- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCED) treffen, werden parallel dazu in vielen Städten der Welt Konferenzen und Festivals von Jugend- und Umweltschutzorganisationen stattfinden. Das europäische Festival ist vom 5. bis 12. Juni in Freiburg i. Br. geplant. Rund 600 Jugendliche aus ganz Europa und der Dritten Welt haben sich für die Festivalwoche auf dem Seepark-Gelände angesagt.

Organisiert wird die Veranstaltung vom Freiburger A SEED-Büro. A SEED – Action for Solidarity, Equality, Environment, Development (Aktion für Solidarität, Gleichheit, Umwelt und Entwicklung) – ist Ende der 80er Jahre in Nordamerika ins Leben gerufen worden. In Europa gehören dem Bündnis heute 350 Jugend- und Umweltschutzorganisationen an, und inzwischen haben sich auch Netzwerke aus Asien, Australien, Afrika und Südamerika angeschlossen. Das A SEED-Büro für Europa in Freiburg wird v.a. von der Naturschutzjugend und der BUND-Jugend getragen.

Der „Erdgipfel“ in Rio, so die Aktiven von A SEED, könnte für unseren bedrohten Planeten eine Chance sein, allein: Es fehlt den Freiburger Umweltschützern der rechte Glaube daran, daß vor allem die Regierungschefs der Industriestaaten zu den notwendigen drastischen Maßnahmen zum Schutz



des Klimas, der Artenvielfalt oder der Wälder bereit sein werden. Deshalb wollen die Jugendlichen mit A SEED weltweit Druck auf die Politiker ausüben und so die Tagungen der UNCED beeinflussen. Detaillierte Informationen zu UNCED und zur A SEED-Kampagne gibt es gegen DM 2,60 in Briefmarken im: Bundesjugendbüro, Eschholzstraße 86, 7800 Freiburg. Materialien und Anregungen zur Unterstützung des UNCED-Prozesses innerhalb der Kirchen hat der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) in Genf zusammengestellt. Ein Faltblatt des ÖRK mit den wichtigsten Informationen kann gegen DM 1,00 in Briefmarken bei der wub-Redaktion (Anschrift s. S. 2) angefordert werden. Ein Videofilm für die Bildungsarbeit in kirchlichen Gruppen („Zusammen im Garten“ – Ein christlicher Beitrag zur UNCED) kann gegen Sfr. 25.– plus Porto bestellt werden bei: UNCED-Arbeitsgruppe, Ökumenischer Rat der Kirchen, Postfach 2100, 1211 Genf 2, Schweiz

## Termine

### Internationales KDVer-Treffen

Vom 10. bis 15. Juli findet in Frankreich ein internationales KDVer-Treffen statt. Die Themen:  
– Nicht anerkannte KDVer in Staaten des Südens sowie in Ost- und Westeuropa  
– KDVer-Recht in verschiedenen Ländern der Welt  
– Möglichkeiten eines Ersatzdienstes im Ausland  
– Planung der nächsten KDVer-Radtour  
– KDVer im künftigen Europa  
Kontakt: ICOM'92, Le Cun du Larzac, F-12100 Villau, Frankreich, Tel: 033 / 65606233

### Eurotour '92

KDVer aus allen Staaten Europas können sich an der Eurotour '92 vom 22.8.-18.9.1992 beteiligen. Die Route führt von Bern über Genf, Lyon, Barcelona nach Algier. Kontakt: Didier Coeurnelle, Av. de la Chasse 193, 1040 Bruxelles, Belgique.

### Kairos-Europa

Vom 5. bis 10. Juli findet in Straßburg das Kairos Europa-Ereignis statt: Über 1000 Menschen aus Europa werden in einem „Parlament von unten“ versuchen, die Herrschaftsstrukturen des Nordens über den Süden aufzuzeigen und ein Netzwerk für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung aufzubauen.  
Kontakt: Theo Kneifel, Hegerichstr. 22, 6900 Heidelberg, Tel: 06221 / 72610

### Noch immer:

#### Knast wegen Mutlangen-Blockade

Sechs Jahre nachdem die heute 65jährige Rentnerin Maria Oberländer an einer gewaltfreien Blockade des US-Atomraketenlagers in Mutlangen teilgenommen hatte, wurde sie jetzt von Polizeibeamten verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. 20 Tage mußte sie dort im vergangenen März absitzen, weil sie sich geweigert hatte, eine Geldstrafe wegen Nötigung zu zahlen. Die Atomraketen, denen sich Frau Oberländer – wie tausende anderer FriedensfreundInnen – in den Weg gesetzt hatte, sind seit Herbst 1990 zur Verschrottung in die USA abtransportiert, seit Mai 91 ist der Stützpunkt Mutlangen geschlossen (s. wub 3/91) – aber die Verfahren gegen die BlockiererInnen und die Verhaftungen gehen weiter.



13.12.1987: Ökumenische Adventsfeier vor dem Tor des Atomraketen-Depots Mutlangen. Die Raketen sind längst weg – die Prozesse gegen Die BlockiererInnen gehen weiter. Foto: Martin Storz/graffiti.

# Dranbleiben! Mitreden!

# wub

## abonnieren!



Ein Jahr  
wub für DM 10,-

**Bitte beachten: Evangelische ZDLs erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschiedt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen Interessenten bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.**

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. \_\_\_\_\_ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10,- (4 Hefte einschließlich Versand).

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname) \_\_\_\_\_

(Straße, Hausnummer) \_\_\_\_\_

(PLZ, Ort) \_\_\_\_\_

(Datum, Unterschrift) \_\_\_\_\_

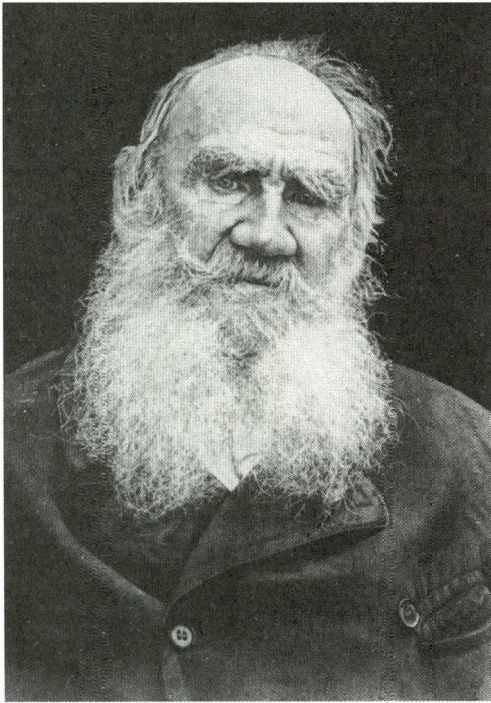
Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift) \_\_\_\_\_

Bitte ausschneiden und senden an:  
Büro Pfarrer Helmut Schlüter  
Vertrieb „was uns betrifft“  
Barbarossaplatz 4 - 5000 Köln 1

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

## Wer war's?



Leo Tolstoj  
in „Krieg und Frieden“?



Rosa Luxemburg  
in „Kampf gegen den deutschen Militarismus“?



Friedrich der Große  
in „Ein Königtum der Widersprüche“?



Friedrich Nietzsche  
in „Menschliches, Allzumenschliches“?

„Der Lehre von dem Heer als einem Mittel der Notwehr muß man ebenso gründlich abschwören als den Eroberungsgelüsten. Und es kommt vielleicht ein großer Tag, an welchem ein Volk, durch Kriege und Siege, durch die höchste Ausbildung der militärischen Ordnung und Intelligenz ausgezeichnet und gewöhnt, diesen Dingen die schwersten

Opfer zu bringen, freiwillig ausruft: 'Wir zerbrechen das Schwert' – und sein gesamtes Heerwesen bis in seine letzten Fundamente zertrümmert. Sich wehrlos machen, während man der Wehrhafteste wahr, aus einer Höhe der Empfindung heraus, – das ist das Mittel zum wirklichen Frieden, welcher immer auf einem Frieden der Gesinnung ruhen muß: während der sogenannte bewaffnete Friede, wie er jetzt in allen Ländern einhergeht, der Unfriede der Gesinnung ist, der sich und dem Nachbarn nicht traut und halb aus Haß, halb aus Furcht die Waffen nicht ablegt. Lieber zugrunde gehen als hassen und fürchten, und zweimal lieber zugrunde gehn als sich hassen und fürchten machen, – dies muß einmal auch die oberste Maxime jeder einzelnen staatlichen Gesellschaft werden! – Unseren liberalen Volksvertretern fehlt es, wie bekannt, an Zeit zum Nachdenken über die Natur der Menschen: sonst würden sie wissen, daß sie umsonst arbeiten, wenn sie für eine 'allmähliche Herabminderung der Militärlast' arbeiten. Vielmehr: erst wenn diese Art Not am größten ist, wird auch die Art Gott am nächsten sein, die hier allein helfen kann.“

Auflösung S. 30

### Zivildienstüberwachung

#### Vorbemerkung d. Red.:

Laut § 23 des Zivildienstgesetzes (ZDG) unterliegen alle Zivis der sog. Zivildienstüberwachung, und zwar auch noch nach dem ZD, bis zur Vollendung des 32. Lebensjahres. Immer wieder erreichen uns in der wub-Redaktion Briefe, aus denen hervorgeht, daß offenbar viele ZDL davon nichts wissen oder erst bei ihrer Entlassung aus dem ZD von dieser Überwachung erfahren.

So ging es z. B. auch unserem Leser Holger Saarmann, der in dieser Sache ans Bundesamt für den ZD schrieb und uns seinen Brief samt der standardisierten Antwort aus Köln zuschickte. (W. Sch.)

An das  
Bundesamt für den Zivildienst  
Postfach 520 120  
5000 Köln 51

Sehr geehrte Damen und Herren!

Dem „Merkblatt“ über „wichtige Hinweise zur Entlassung aus dem Zivildienst“ entnehme ich aus Punkt 7 die Mitteilung, daß ich weiterhin, nämlich bis zur Vollendung des 32. Lebensjahres, der Zivildienstüberwachung unterliege. Desweiteren werde ich aufgefordert, „dem Bundesamt unverzüglich jede Änderung des Wohnsitzes oder ständigen Aufenthaltes zu melden“ und „Vorsorge zu treffen, daß Mitteilungen des BAZ“ mich „ohne Verzögerungen erreichen können“.

Ich habe am 14. Januar dieses Jahres meinen 15monatigen Zivildienst beendet und damit – gesetzlich gesehen – meine Wehrpflicht erfüllt. Die um drei Monate längere Dauer des Zivildienstes gegenüber dem 12monatigen Wehrdienst wird damit begründet, daß der ehemalige Zivildienstleistende, im Gegensatz zum ehemaligen Wehrdienstleistenden, nicht mehr zu Reserveübungen eingezogen wird. Die Zivildienstüberwachung nach Beendigung des Dienstes entbehrt aus meiner Sicht jeglicher Berechtigung! Ich sehe daher nicht ein, den oben zitierten Aufforderungen nachzukommen!

Was meine Einplanung im angenommenen Verteidigungsfall angeht, so hoffe ich, mich in meiner Verweigerungsbegründung vom 24. April 1990 deutlich ausgedrückt zu haben: Ich verstehe meinen nun beendeten Zivildienst als sozialen Dienst, nicht aber als Kriegsdienst ohne Waffe!

Besonders angesichts der angestrebten neuen Definition der Bundeswehr in einem „vereinten, autonomen Deutschland mit gewachsener europäischer und globaler Verantwortung“ erscheint es mir dringend, dies hervorzuheben!

In diesem Sinne dürfen Sie dieses Schreiben als meine nachträgliche Totalverweigerung nach Ableistung des Zivildienstes betrachten.

Ich beabsichtige, diesen Brief über die Magazine „Was uns betrifft“ und „Der Zivildienst“ öffentlich zu machen. Sollte dem Drang, Ihnen meine Ansichten und Befürchtungen mitzuteilen, ein Mißverständnis zugrunde liegen, so bitte ich Sie um schriftliche Richtigstellung!

Mit freundlichem Gruß  
Holger Saarmann



Bundesamt für den Zivildienst  
Postfach 520 120, 5000 Köln 51

An  
Herrn  
Holger Saarmann  
Bad Bentheim

Betr.: Einberufung zum unbefristeten Zivildienst im Verteidigungsfall und Ablehnung der Zivildienstüberwachung  
Bezug: Ihr Schreiben vom 16.01.92

Sehr geehrter Herr Saarmann,  
Sie sind anerkannter Kriegsdienstverweigerer und unterliegen somit den Bestimmungen des Zivildienstes – ZDG –.

Wie jeder Wehrpflichtige ist auch der Zivildienstpflichtige im Verteidigungsfall zu einem unbefristeten Dienst für den Staat bis zum 60. Lebensjahr verpflichtet. Das ergibt sich aus § 79 des ZDG, der auf den § 4 Abs. 1 Nr. 3 des Wehrpflichtgesetzes verweist. Das Recht auf Verweigerung des Dienstes mit der Waffe bleibt auf jeden Fall bestehen, da das Grundrecht aus Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes gerade im Verteidigungsfall seine volle Wirksamkeit entfalten muß. Wie der Dienst eines Kriegsdienstverweigerers im Verteidigungsfall aussehen wird, läßt sich jetzt noch nicht sagen. Es bestehen hierzu keine gesetzlichen Bestimmungen oder Pläne der Bundesregierung. Da § 1 ZDG auch für den Verteidigungsfall gilt, muß der Einsatz dem Allgemeinwohl dienen und vorrangig im sozialen Bereich durchgeführt werden.

Die Tätigkeiten der Zivildienstleistenden werden daher nicht anders aussehen als heute, ein Einsatz in militärischen Organisationsbereichen wird nicht stattfinden. Sie unterliegen auch weiterhin der Zivildienstüberwachung nach § 23 ZDG. Diese endet mit Ablauf des Jahres, in dem Sie Ihr 32. Lebensjahr vollendet haben. Das Bundesamt für den Zivildienst ist als Verwaltungsbehörde verpflichtet, gesetzliche Regelung anzuwenden und die ihm vom Gesetzgeber zugewiesenen Aufgaben durchzuführen. Es geht nicht an, bestehende gesetzliche Regelungen durch einseitige Erklärungen eines einzelnen außer Kraft zu setzen bzw. zu negieren.

Ich muß Sie deshalb darauf aufmerksam machen, daß die von Ihnen angekündigten Maßnahmen gesetzwidrig sind und mich zwingen würden, Bußgeldverfahren gegen Sie durchzuführen bzw. Strafverfahren in die Wege zu leiten, sollten Sie Ihren Verpflichtungen im Rahmen des ZDG nicht nachkommen.

Hochachtungsvoll  
Im Auftrag  
(Unterschrift)

#### Nachtrag:

In einer Bemerkung zum Antwortbrief des BAZ schreibt Holger Saarmann: „Ich hoffe, daß man die Futur-I-Formulierungen, die das Bundesamt in seinem Antwortschreiben benutzt, nicht wörtlich nehmen muß: „Wie der Dienst eines KDVERS im V-Fall aussehen wird (Nicht: „würde“!), läßt sich noch nicht sagen...““

#### Betr. wub: Anregung/Kritik/Lob

– Obwohl ich jetzt aus der evang. Kirche ausgetreten bin, finde ich wub (vor allem wegen der Offenheit) nach wie vor sehr gut und werde Eure Zeitschrift hoffentlich noch lange mit Begeisterung lesen.

Henning Lühken, Göttingen

– Schreibt mal was zum Thema Zukunft der Wehrpflicht, Wehrgerechtigkeit, Berufsarmee!?

Florian Leinberger, Stuttgart

– Vielleicht solltet Ihr Euch mehr Eures Titels „wub“ erinnern! Artikel über Jugoslawien, die GUS oder den alternativen Nobelpreis sind zwar schön und wichtig, doch sind in der Zivildienstarbeit keine brisanten Themen zu finden? Mensch scheint sich damit abgefunden zu haben, daß der Zivi billige Arbeitskraft ist, seitdem er sein Drückeberger-Image losgeworden ist.

Thorsten Thierhoff, Bochum 5

– Ich finde es ganz ausgezeichnet, in welcher Form Ihr aktuelle Themen aufgreift und darlegt! Auch die letzte Seite (wub-Art) gefällt mir sehr. Nur ein Wunsch: evtl. mehr Gedichte/Texte gegen Krieg (Tolstoj, Kästner, Tucholsky...)

Klaus Nack, Zell

– Der Jugoslawien-Bericht ist gut (und nötig, weil aktuell). Der „Leserbericht“ über die Rüstzeit zum Thema „Sterben und Tod“ ist hoffentlich nicht der letzte Beitrag von Euch zum Thema! Ich habe selbst während meiner Zivi-Zeit leidvolle Erfahrungen damit gesammelt: 2 Mitglieder meiner Familie starben und mehrmals fanden Kollegen verstorbene Patienten auf. Ansonsten hat wub 1/92 die gewohnte Qualität! Allerdings vermisse ich Berichte über den Zivildienst und die Zivis in den neuen Bundesländern.

Friedhelm Keil, Bayreuth

#### Buchpreise:

„Comenius“:	DM 10,80
„Mit Velo und Bahn durch Europa“:	Sfr. 12,80
„Wegzeichen“:	DM 12,80
„MultiKulti“:	DM 14,80
„Miteinander – was sonst“:	DM 25,-
„Alle Menschen sind Ausländer...“:	DM 16,80
„Zukunftsangst Einwanderung“:	DM 14,80
„Vielfalt in der Einheit“:	DM 19,80

# RÜSTZEITEN / WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.



## BADEN

- 14.09.–18.09.1992 Ludwigshafen/Bodensee: „Bildende Kunst zu Krieg und Frieden“ Gruppe A – malen und zeichnen, Gruppe B – Holzschnitt, schwarz/weiß oder farbig
- 21.09.–25.09.1992 Oppenau/Schwarzwald: „Rhythmus und Klang“ Eine Rüstzeit für Musiker und Liedermacher  
**Anmeldeformulare:** Beauftragte für KDV und ZDL, Kurt Kern und Theodor Ziegler, Vorholzstr. 7, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 0721/168333

## BAYERN

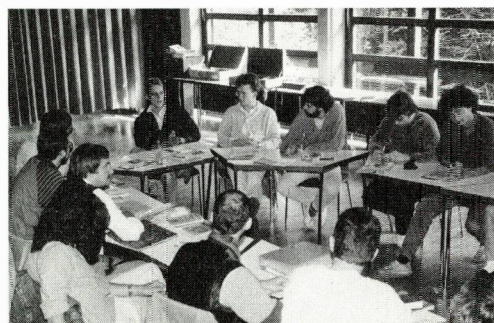
- 6.07.–10.07.1992 Riedenburg: „Bibliodrama – ungewöhnliche Zugänge zu biblischen Texten“
- 14.09.–18.09.1992 Josefstal-Schliersee: „Das war mein Zivildienst – war das alles?“ (Spezialwerkwoche für Teilnehmer der Einführungslehrgänge des Diakonischen Werkes)  
**Anmeldeformulare:** Beauftragter für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Tel. 0911/4304-238

## BRAUNSCHWEIG

- 20.09.–30.09.1992 Polen/Stutthof: Rüstzeit in Zusammenarbeit mit Aktion Sühnezeichen – 5 Tage Stutthof, anschließend Station in Danzig und Warschau  
 Kosten: ca. DM 300,-  
**Auskünfte und Anmeldung:** Zentrale Beratungsstelle für KDV und ZDL, Am Fallersleber Tore 9, 3300 Braunschweig, Tel. 0531/42539

## HANNOVER

- 9.06.–12.06.1992 Kurse Wurstrow/Lüchow: „Zwischen Multi-Kulturell und Fremdenhutz“
- 22.06.–26.06.1992 Obernkirchen: „Meditation – bewußt gewaltfrei leben lernen“
- 11.09.–21.09.1992 Belorußland/Minsk: „Völker und Menschen der ehemaligen Sowjetunion verstehen lernen.“ Dazu verbindliche Vorbereitung vom 29.06.–3.07.  
**Anmeldeformulare:** Beauftragter der ev. luth. Landeskirche Hannover für KDV und ZDL im Amt für Gemeindedienst, Pastor Günther Reinboth, Archivstr. 3, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/1241-468



## KURHESSEN-WALDECK

- 14.09.–18.09.1992 Naumburg: „Leiden – Sterben – Tod“  
**Anmeldeformulare:** Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Harleshäuser Str. 138, 3500 Kassel, Tel. 0561/62000

## NORDELBNIEN

- 9.06.–13.06.1992 Ökologische Segeltour (nur noch wenige Plätze)
- 7.09.–11.09.1992 „Bundeswehr 1992 – und wie stehen Kriegsdienstverweigerer dazu?“
- 14.09.–18.09.1992 „Europäische Gemeinschaft – Das neue Paradies?“
- 19.09.–23.09.1992 „Rüstungskonversion – unmöglich?“  
**Anmeldeformulare:** Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/258881 und 2508990

## RHEINLAND

- 7.09.–11.09.1992 Solingen-Ohlrigs: „Von der Aktualität der Euthanasie“
- 21.09.–25.09.1992 Solingen-Ohlrigs: „Meditation als Lebenshilfe“  
**Anmeldeformulare:** Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Helmut Schlüter, Barbarossa-platz 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/244696

## SACHSEN

- 15.06.–19.06.1992 Rosenthal (Sächs. Schweiz) „Ich bin der Zivi hier!“ Für alle, die in der 2. Hälfte oder am Ende ihres Zivildienstes stehen.
- 7.09.–11.09.1992 Rosenthal (Sächs. Schweiz) „Fremd sein – Freund sein?“  
**Anmeldeformulare:** Pastoralkolleg der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen, 9201 Krummhennersdorf
- 25.09.–27.09.1992 Glöcknerstift Wittenberg: „Vor 30 Jahren – Einführung der Wehrpflicht in der DDR – Verlängerung der Wehrpflicht in der BRD – brauchen wir heute noch eine Wehrpflicht?“  
**Anmeldeformulare:** Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche Sachsen, Draesekeplatz 1, 3024 Magdeburg

## WESTFALEN

- 29.06.– 3.07.1992 Haus Villigst, Schwerte: „Ein Mann, der sich Kolumbus nennt“
- 6.07.–10.07.1992 Haus Villigst, Schwerte: „Vertrauensleute“ Alle ZDL, die zivildienstpolitisch interessiert sind und/oder Vertrauensleute werden wollen, sind herzlich eingeladen. Radfahrt mit Weißbrussen durch Westfalen  
 Informationen anfordern! Anmeldeschluß: 22.06.1992
- 31.08.– 4.09.1992 Wewelsburg, Paderborn: „Spurensuche vor Ort – 1933 bis 1945 Geschichte hautnah!“
- 7.09.–11.09.1992 Haus Einschlingen, Bielefeld: Kabarett
- 7.09.–13.09.1992 Weimar: „Weimar – Begegnung in Deutschland – Begegnung mit Deutschland“
- 26.09.– 7.10.1992 Polen: „Polen – Versöhnung – Begegnung in Auschwitz“  
 Anmeldeschluß: 15.07.1992 (Sonderbedingungen anfordern!)  
**Anmeldeformulare:** Amt für KDV und ZDL, Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5, Tel. 02304/755-230

## WÜRTTEMBERG

- 22.06.–24.06.1992 Freudental: „Wer oder was bin ich?“ Zivildienstzeit zwischen Resignation und Hoffnung – verkürzte Rüstzeit
- 30.08.– 6.09.1992 Taizé, Frankreich: „Vertrauen auf der Erde“
- 14.09.–20.09.1992 Vezeley, Frankreich: „Auf dem Pilgerweg nach Santiago von Vezeley durch Burgund“  
**Anmeldeformulare:** Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/6368149

### „Wer war's?“ Lösung von S. 28:

Das Zitat stammt tatsächlich von Friedrich Nietzsche, aus „Menschliches, Allzumenschliches“. Gefunden haben wir's in: Fr. Nietzsche, Werke in sechs Bänden, zweiter Band (S. 987), herausgegeben von Karl Schlechta, München/Wien 1980

## Trans-fair

Kennt das jemand? Wohl kaum – denn noch ist es eine Idee. Allerdings gibt es schon Ansätze für ihre Verwirklichung. Am weitesten sind unsere Nachbarn in Holland in dieser Hinsicht. Vielleicht wird es im Herbst in Deutschland Wirklichkeit. Aber noch sind viele Hürden zu überwinden. Was steckt hinter der Idee? Fair kennen wir. Bei einem fairen Spiel treten einzelne oder Gruppen zwar gegeneinander an, aber der Gegner wird geachtet. Und am Ende des Spiels gratuliert der Verlierer dem Sieger. Beim Fairplay gibt es Spielregeln und einen Schiedsrichter, der die Einhaltung der Spielregeln überwacht.

Nicht so ist es in der Weltwirtschaft. Zwar wird auch da von Wettbewerb gesprochen, aber es fehlen die Spielregeln und der Schiedsrichter für einen fairen (= sozial und ökologisch verantwortbaren) Wettbewerb. So wird die Marktmacht rücksichtslos ausgenutzt. Nehmen wir zum Beispiel Kaffee.

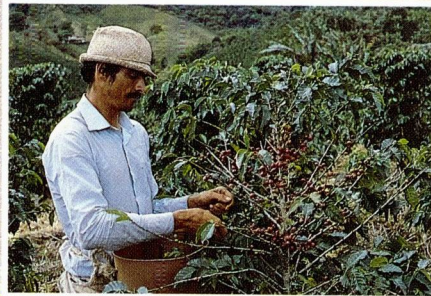
Schließlich gehören wir in Deutschland zu den Spitzenreitern im Kaffeetrinken. Unser Kaffee kommt aus Afrika und Lateinamerika. Der Weltkaffeepreis ist seit einigen Jahren so niedrig, so daß die ArbeiterInnen in den Kaffeeanbaugebieten nicht mehr genug zum Leben verdienen. Sie können von ihren Hungerlöhnen weder das Lebensnotwendige für sich kaufen noch ihre Familien ernähren. Wenn wir also jetzt so billigen Kaffee kaufen, dann geht das zu deren Lasten. Dies ist kein fairer Wettbewerb, das ist Ausbeutung, das ist rücksichtslose Ausnutzung der wirtschaftlichen Macht. In den alten Sozialgesetzen der Bibel heißt es schon: „Dem Tagelöhner, der bedürftig und arm ist, sollst du seinen Lohn nicht vorenthalten.“ (5. Mose 24, 14) oder „Wer seinem Nächsten die Nahrung nimmt, der tötet ihn.“ (Jesus Sirach 34, 26).

Wenn wir unseren billigen Kaffee, unsere billige Schokolade oder unsere billigen Bananen kaufen, dann sehen nur wenige diesen Zusammenhang. Die Menschen, die diese Zusammenhänge gesehen haben und daraus Konsequenzen gezogen haben, haben sich etwa im Dritte-Welt-Handel engagiert. Doch die herkömmliche Form des Dritte-Welt-Handels hat keine große Bedeutung erlangt. Nur wenige Kaffeebauern in Mittelamerika oder Tansania konnten auf diese Weise einen fairen Preis erzielen. Deswegen die Idee von Trans-fair.

Fair gehandelte Produkte aus Übersee sollen in Supermärkten angeboten werden. In Holland gibt es dies seit zwei Jahren. Wird dies bei uns auch gelingen? Werden etwa die Kaffee-Röstereien, die Supermärkte und wir als Kunden im fairen Wettbewerb mitspielen? Werden wir bereit sein, einen fairen, das heißt höheren Preis zu zahlen, wenn wir wissen, daß er den Produzenten zugute kommt? Oder wollen wir auf jeden Fall unser Billigprodukt um den Preis von Hunger und Elend bei den Produzenten?

Im sportlichen Wettkampf wird der disqualifiziert, der die Spielregeln grob verletzt. Im Welthandel gibt es noch kein Schiedsgericht, das Unfairneß bestraft. Eigentlich müßte es längst soziale Gesetze für den Welthandel geben, wenigstens solche, wie sie vor rund 2500 Jahren in der Bibel aufgeschrieben wurden. Solange diese Gesetze fehlen, solange möchte Trans-fair uns eine Möglichkeit zur Fairneß geben, damit wir nicht zum Bluthund werden. Denn: „Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.“ (Jesus Sirach 34, 27).

Karl Leonhäuser, Kassel



preis!



**wub**

was uns betrifft

# ART

Zwischen Europa, Afrika, Mittel- und Lateinamerika – mitten im grauen Ozean – ist ein Kreuz aufgerichtet aus Brettern, die an Favelas (Slums) erinnern. Wäschestücke sind aufgespannt, links ein Tuch, auf dem der Eroberer Kolumbus abgebildet ist. Rechts auf dem Querbalken ein Bild mit spanischen Segelschiffen, Symbol für Handel und Ausbeutung, für Sklaventransport, für Export von billigem Tand und Glasperlen, für Import von Luxusartikeln – heute für uns alltäglich – wie Kaffee, Bananen, Tabak und Kakao.

Das Kreuz ist „bodenlos“. Ganz unten der brennende Regenwald: verkohlte Stämme, abgeknickte, zersplitterte Baumreste, letzte Rauchfahnen hier und da und mittendrin ein Kolumbusdenkmal, ein Erdöl- oder Giftmüllfaß und leuchtende Hochhäuser. Wie letzte Glut eines erloschenen Feuers strahlen die hellen Fenster der Skyline, wie ein glühendes Stück Kohle das Faß. Der ganze Ozean wird zu einer riesigen grauen Rauchfahne.

Dann ist da die Frau mit dem Kind. Sie schaut mit verlorenem Blick in die Weite. Wo gibt es Hoffnung?

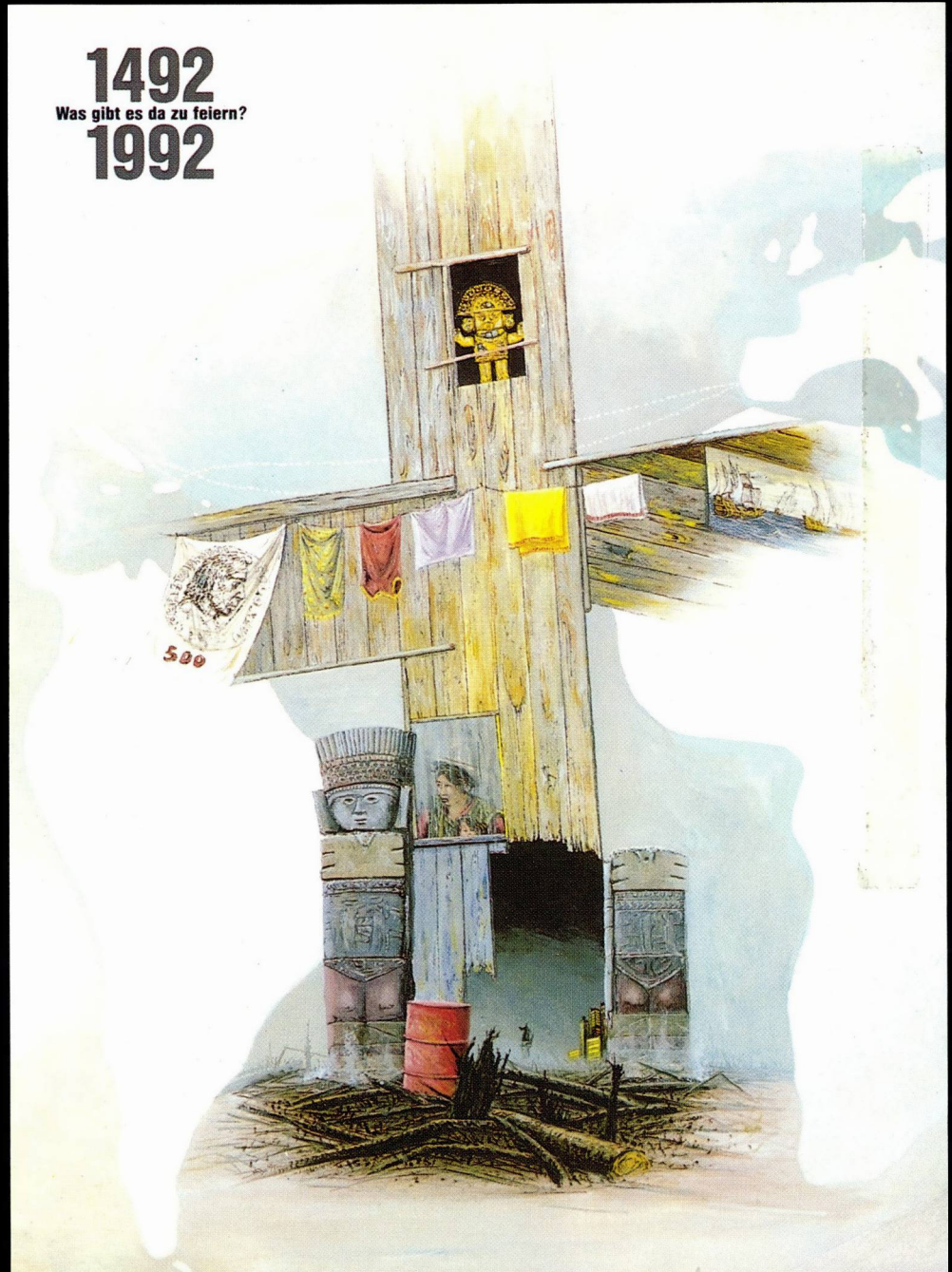
Neben den zwei Standbildern indianischer Gottheiten schaut oben aus dem Fenster ein Inkagott. Reste einer zerstörten Kultur! Dem einen Denkmal fehlt der Kopf... und doch gibt es dem Kreuz Halt.

1492–1992: Was gibt es da zu feiern...? Das Bild wird zur wehmütigen Anklage. Mitten in dieser Welt der Zerstörung und Ausbeutung erblicken wir das Kreuz... ja, das Gesicht des Gekreuzigten selbst. Der Ozean, die Rauchfahne verbrannter Erde, gleicht dem Schattenbild Jesu am Kreuz.

Mit Christus

- können wir die Schreie der Armen und Opfer nicht überhören;
- können wir Kulturen anderer nicht zerschlagen;
- können wir unsere Lebensgrundlage nicht mutwillig zerstören;
- können wir nicht so tun, als ginge uns das alles gar nichts an...

## Hermann Buß: Plakat „Lateinamerika-Kreuz“



Das Plakat kann zusammen mit weiterführenden Materialien bezogen werden beim Evangelischen Missionswerk, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13.

Aus einer Bildmeditation von Lothar Teckemeyer in „Arbeitsheft Weltmission '92“